

# Neo Narr

#01  
Vereinte Feinde



Im Mittelalter erlaubte die Narrenfreiheit dem Hofnarr an den bestehenden Missständen im Lande Kritik zu üben - meistens - ohne dafür belangt zu werden. Der Hofnarr hat seinen Herren nicht nur belustigt, sondern ihn mit den Darbietungen auch daran erinnert, dass er als Herrscher neben seinem vergänglichen irdischen Dasein eine Verantwortung gegenüber seinem Volk besaß und für dessen Wohl zu sorgen hatte. Der Narr besaß keinen festen Platz in der Gesellschaft und fühlte sich keinerlei Normen verpflichtet. Aufgrund seiner »Narrheit« wurde er bei allem, was er sagte und tat, nicht ernst genommen. Jedoch erschloss sich jedem klaren Verstand Lüge und Wahrheit seiner Botschaften. Da sich *Neonarr* mit Lösungsansätzen gegenwärtiger Missstände befasst, trägt der Neuzeitnarr die Bezeichnung »Neo« im Namen. Ansonsten wird sich *Neonarr*, ganz dem mittelalterlichen Sinn verschrieben, genauso wenig irgendwelchen Normen unterwerfen und auf die Befindlichkeiten der Gesellschaft Rücksicht nehmen, wie einst der Hofnarr.

In Art und Weise des Mittelalters hält *Neonarr* den Herrschenden den Spiegel vor ihr Antlitz. Gleichermaßen geschieht dies mit der Gesellschaft, die durch ihr Verhalten zu einem nicht unerheblichen Teil Mitschuld an der gegenwärtigen Situation trägt. *Neonarr* veröffentlicht rücksichtslos (jedoch nicht respektlos) und unzensiert die Gedanken der Gesellschaft und steht somit allen als Sprachrohr zur Verfügung, die ihren demokratisch vertretbaren »Kranken Gedanken« ohne Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten anderer äußern wollen. Der »Kranke Gedanke« beinhaltet Ideen, Ansichten und/oder Meinungen von Menschen, die sich mit ihrem Umfeld oder einem Thema befasst haben.

**Du möchtest deinen Text im Neonarr veröffentlichen?  
Du hast Anregungen und/oder Fragen?**

**Schreibe an: [neonarr@web.de](mailto:neonarr@web.de)**

**Neonarr erscheint in unregelmäßigen Abständen**

# Inhalt

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Das Grundproblem bei dem Gedanken</b>          | <b>5</b>  |
| <b>Deutschland erwache!</b>                       | <b>6</b>  |
| <b>Derzeitige Situation von Links und Rechts</b>  | <b>8</b>  |
| <b>Der Frontverlauf</b>                           | <b>11</b> |
| <b>Politik von rechts und links</b>               | <b>15</b> |
| <b>»Wenn wir uns einig sind...«</b>               | <b>20</b> |
| <b>»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«</b>     | <b>22</b> |
| <b>Lüge und Wahrheit</b>                          | <b>25</b> |
| <b>Politik</b>                                    | <b>27</b> |
| <b>Politik und Medien</b>                         | <b>32</b> |
| <b>Links/Rechts und die Wirtschaft</b>            | <b>33</b> |
| <b>Global</b>                                     | <b>34</b> |
| <b>Die Welt ein KZ</b>                            | <b>36</b> |
| <b>Was den Gedanken anregte</b>                   | <b>37</b> |
| <b>Staatliche Personalstruktur</b>                | <b>41</b> |
| <b>Politik und Wirtschaft nach der Revolution</b> | <b>43</b> |
| <b>Links und rechts nach der Revolution</b>       | <b>44</b> |
| <b>Abschlussgedanke</b>                           | <b>47</b> |
| <b>Anhang</b>                                     | <b>53</b> |

# DER KRANKE GEDANKE

## Vereinte Feinde

In der ganzen Welt vereinen sich die politischen und religiösen Widersacher, um gegen die Politik des jeweiligen Landes zu protestieren. Diese Vereinigungen und Proteste waren der Anlass, mir Gedanken über die Vereinigung zweier politischer Gegner hierzulande zu machen, um vereint dem Ziel einer Volksrevolution ein Stück näher zu kommen und der staatlichen Misswirtschaft und sozialen Ungerechtigkeiten ein Ende setzen zu können. Mein Gedanke, und die durch ihn angeregte Recherche, brachten folgenden Inhalt zusammen.

Es gib unzählige Beiträge zu dem Thema »Links und Rechts im Vergleich«. Die bislang veröffentlichten Beiträge sind in umfangreich vorhandener Fachliteratur zu finden, die kaum einer von uns je in die Hände bekommt, geschweige denn sie liest. Keiner der Autoren von bislang veröffentlichten Beiträge ging jedoch so weit, die These einer zeitlich begrenzten Vereinigung beider Gruppen niederzuschreiben. Vielleicht weil der Gedanke als zu absurd erscheint. Ich möchte vorweg erwähnen, dass dieser Gedanke weder beinhaltet die (nicht vorhandene) Verfassung abzuschaffen, noch das Grundgesetz anzutasten, im Gegenteil, eine Verfassung soll endlich geschaffen und das Grundgesetz endlich wieder Anwendung finden.

Es geht bei diesem Gedanken nicht um politisch »tendenziell« ausgerichtete Personen, es geht um widersinnige Extremisten. Es geht um die Anhänger von nationalsozialistischem Gedankengut, die in ihrem Extrem vergessen haben, zu einem nicht geringen Teil selbst keinen Ariernachweis erbringen zu können, Drogen konsumieren oder anderweitig nicht dem nationalsozialistischen Grundsätzen entsprechen und es geht um Linksextremisten, die auf des

»Führers« Autobahnen fahren, den Kapitalismus durch unnötigen Konsum unterstützen und die scheinheilig Toleranz vortäuschen und doch nur sich selbst tolerieren (ja, das gibt es nicht nur bei den »Nazis«). Beide Extreme haben in einer Demokratie keine Daseinsberechtigung. Aber wo sie schon mal da sind, könnten wir ihren Unmut für das Wohl des Volkes nutzen. Der Irrsinn der Extremisten nährt, erklärt und rechtfertigt diesen irrsinnigen Gedanken und zeigt zudem die Radikalität meiner Egalität gegenüber rechter und linker Gesinnung

## **Das Grundproblem bei dem Gedanken**

Zunächst wird das Grundproblem des Gedanken darlegt in der Hoffnung, der geistige Knoten, um den es dabei geht, löst sich bei dem ein oder anderen und eröffnet einen unvoreingenommenen Blick auf die im Folgenden niedergeschriebenen Zeilen.

Es war und ist immer modern und schick sich mit linkem Gedankengut zu brüsten. Ganz im Gegensatz zu dem rechten Gedankengut, das weit unter den Teppich geschoben wird und laut Statistiken doch bei Millionen Bundesbürgern vorhanden ist. Die Definition von »politisch links« ist klar - alles was sich links von rechts hält. Was ist aber die genaue Definition von »politisch rechts«? Es ist eine Gradwanderung. Ist man gegen Globalisierung, ist man meistens links (Ausnahmen bestätigen die Regel, siehe Titelbild), ist man jedoch gegen die Europäische Union und den Euro als Währung, läuft man Gefahr, als rechts eingestuft zu werden. Die politischen Bereiche bieten überall »Fallen«, die sogar linksgerichtete im rechten Licht erscheinen lassen. Würde nicht bekannt sein, welche Ansichten die jeweilige Person vertritt oder die Parteizugehörigkeit genannt, es wäre manchmal aus dem Wortlaut nicht erkennbar, ob nun rechtes oder linkes Gedankengut vertreten wird. Diese politischen »Grenzgänger« werden als Rechte, Rechtspopulisten, Rechtskonservative, Linksliberale, Linke oder mit sonstigen Umschreibungen betitelt.

Noch komplizierter wird es, wenn eine Grenze zwischen links und linksradikal sowie zwischen rechts und rechtsradikal definiert werden soll. Ein weiteres Problem, das auch die politischen Extremisten davon abhalten wird diesen Text weiterzulesen: Es gilt nur die eigene Meinung. So werden die demokratischen Rechte zwar wahrgenommen, aber die Pflichten abgelehnt. Toleranz und Weltoffenheit wird skandiert, aber in keinsten Weise gelebt. Somit beschließe ich diese Kapitel mit einem Zitat von Christian Morgenstern: »Es gibt Menschen, die sich immer angegriffen fühlen, wenn jemand seine Meinung ausspricht.«

## **Deutschland erwache!**

Links und rechts vereint im Kampf für die Demokratie. Zwei Gruppen, die offensichtlich unterschiedlicher nicht sein können und doch gibt es mehr Gemeinsamkeiten, als auf den ersten Blick zu erkennen sind. Nicht nur, dass beide Gruppen Gemeinsamkeiten aufweisen, sie ergänzen sich in ihren Aktivitäten. Die Linken gehen mehr mit Geist an ihre Aktionen heran, die Rechten bewältigen die, an sich selbst gestellten Aufgaben eher mit Muskelkraft. Bedenkt man, dass beide Gruppen bis aufs Blut verfeindet sind, scheint die Idee der gemeinsamen Revolution ein absurder Gedanke zu sein, der bereits im Keim zu ersticken droht. Jedoch scheint es eine Idee zu sein, die nur einem überzeugten Demokraten in den Kopf kommen kann. Einem Demokraten, der weder nach rechts noch nach links strebt, sondern sich einzig und allein auf das Wohl aller Menschen konzentriert und um dies realisieren zu können, er auch auf die Mithilfe von sonst politisch anders ausgerichteten Gruppierungen zurückgreifen würde. Somit liegt der Grund für den provokanten Einstieg in der Hoffnung, dass sich die Linken beim Erblicken der Titelseite sowie dem Lesen des Titels fragen: »Was für 'n Nazischeiß ist das denn?«, und in der Hoffnung, rechtes Gedankengut zu enttarnen weiterlesen und die Rechten sich

beim Anblick des Inhaltsverzeichnis' sagen: »Deutschland erwache, kenne ich, finde ich gut, schau ich mal rein.« Somit wäre der erste Schritt, beide Parteien an einen Tisch beziehungsweise den Bericht zu bringen vollbracht. Am liebsten wäre es mir jedoch, wenn sich die LeserInnen dieser Zeilen einzig und allein aus dem demokratischen Grundgedanken entschließen würden weiterzulesen.

An dieser Stelle soll festgehalten werden, dass nicht jeder Linke als »Kommunist« und nicht jeder Rechte als »Nazi« bezeichnet werden kann. Schaut man hinter die Kulissen, erkennt man einen Graubereich, in dem sich Rot und Braun zu einem Rotbraun vermischen. Darüber hinaus geht es derzeit um weitaus mehr, als die Nazis aus dem Land zu jagen, womit das Problem nur verschoben und nicht behoben wäre. Bildung ist der einzige Weg zur Lösung des Problems. Grundlage dieses Gedankens ist: Wenn die Gesellschaft nicht endlich begreift, dass, wenn wir nicht gemeinsam aufbegehren und dieses nachhaltig in die Tat umsetzen, wird es bald keine Nazis mehr geben, die man bekämpfen kann - was die meisten freuen mag - aber es wird auch keine Kommunisten oder andere Menschengruppen mehr geben, für die wir uns einsetzen könnten, dann sind wir es, die, jeder für sich, um ihre nackte Existenz und eine Handvoll Reis am Tag kämpfen müssen (siehe unverfälschte Version Armutsbericht 2013).

### **»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.«**

(GG Artikel 20, Absatz 2)

Als mahnendes Beispiel für das, schon heutzutage vorhandene, rücksichtslose Verhalten der Staatsgewalt gegenüber den Bürgern dient die aggressive Vorgehensweise bei der Zwangsräumung von Wohnraum. Diese hat nach den fünf Toten in Karlsruhe im Jahr 2012, im Jahr 2013 mit der Reinickendorferin Rosemarie F. das erste offizielle Todesopfer in Berlin gefordert. Wenn auch kein direkter

Zusammenhang mit dem Wohnungsverlust und dem Ableben der 67-jährigen nachgewiesen werden konnte, so liegt der Verdacht nah, dass die Zwangsräumung, der bereits gesundheitlich angeschlagenen Frau, den Rest gegeben hat. Dies zeigt, wie niederträchtig das Regime bereits heute mit dem Volk umgeht, welches es vertritt. Auf die Missstände hierzulande bezogen, stellen diese beiden Fälle jedoch nur die Spitze des Eisberges dar, den es abzutragen gilt.

## **Derzeitige Situation von Links und Rechts**

Im Winter nicht so oft, dafür im Sommer um so öfter, treffen linke und rechte Lager aufeinander. An fast jedem Wochenende findet irgendwo in Deutschland eine Demonstration oder ein Konzert der Rechten statt. Wie die Fliegen vom Hundehaufen, so fühlen sich die Linken von diesen Veranstaltungen angezogen und reisen in Scharen an, um sich einigen Dutzend maximal wenigen hundert Demonstranten bzw. Konzertbesuchern entgegenzustellen und ihnen gegenüber ihre Abneigung kund zu tun. Jedes Wochenende mühen sich Linke und Rechte ab. Die einen, um ihre Demonstration beziehungsweise ihr Konzert durchführen zu können, die anderen, um zu einem Schlag gegen den verhassten politischen Widersacher auszuholen und damit genau das Gegenteil versuchen. Links und rechts reiben sich gegenseitig auf ohne ihren eigentlichen Zielen auch nur einen einzigen Schritt näher zu kommen. Die Rechten versauen sich ihre wenigen Sympathiepunkte in der Bevölkerung durch mehr als schwachsinnige Aktionen, wie die NPD-Wahlwerbung »GAS geben!«, aus dem Jahr 2011. Die personell<sup>1</sup> geringfügig besser aufgestellten Linken lassen sich von jeder noch so kleinen Demonstration beziehungsweise jedem noch so kleinen Konzert der Rechten von ihrem Weg abbringen, die wahren Probleme anzugehen und verbauen sich so jeden Erfolg. Darüber hinaus widersetzen sich die Linken jeder noch so gut gemeinten Führung und rennen stattdessen wie ein aufgeschreckter Haufen Hühner durch

die Gegend. Als Beispiel für diese Aussage dient unter anderem die Revolutionäre 1. Mai-Demo 2013, wo Steine von A nach B getragen, aber viel zu selten geworfen wurden.

Eine Mischung aus linker Hirnaktivität und rechtem Aktionismus wäre genau das, was eine erfolgreiche Revolution benötigte. Was nicht heißen soll, dass sich die Rechten als Kanonenfutter zur Verfügung stellen sollen. Denn, genauso wie man nur gemeinsam an einem Tisch über die Zukunft diskutieren kann, so kann man auch nur gemeinsam den Kampf gegen das Regime gewinnen. Doch es ist auf beiden Seiten stets das selbe Spiel: Eine Aktion, Idee oder Interessenvertretung kann noch so sinnvoll sein, so lange sie aus dem Lager des politischen Gegners entstammt, ist sie entweder »Nazischeiße« oder »Kommidreck«. Niemand würde sich eingestehen, dass die Gegenseite einen guten Ansatz gefunden hat ein Problem zu beseitigen und darauf aufbauen, noch würde der Ideengeber zulassen, dass die politische Gegenseite die eigene Idee aufbaut, gar verbessert. Es ist ein ständiger Kreislauf von hassen und gehasst werden, von kämpfen und bekämpft werden. Deutlich wird diese Haltung von links und rechts bei Themen wie Umwelt, Gesundheit, Arbeitsplatzsicherung, Bildung und in weiteren sozialen Bereichen. Man steht nicht nebeneinander, sondern sich gegenüber - und das Regime, von beiden Seiten als »Polizeistaat« bezeichnet, lacht hinter vorgehaltener Hand.

**Demokratie bedeutet,  
die Ansichten anderer zu respektieren  
und notfalls auch zu verteidigen**

Die Geschichte beweist - die Linken freut's, die Rechten grämt's: Ein Zwei-Fronten-Krieg reibt die Substanz auf. Allerdings ist von dieser Erkenntnis nicht viel übrig geblieben. Links wie rechts stehen Staat und politischem Gegner gegenüber und handeln somit

wider besseren Wissens. Das Problem mit den Neo-Nazis soll nicht bagatellisiert werden. Aber ich würde mich für die Umsetzung meines Gedankens genauso mit einem Linken über die unzureichende Einhaltung der Menschenrechte unterhalten, wie mit einem Rechten über den Sinn der Menschenrechte an sich. In einer Demokratie muss jeder einzelne die Größe besitzen, die Ansicht eines jeden anderen zu respektieren - im Ernstfall sogar zu verteidigen. Wenn ein Linker dazwischen gehen würde, wenn ein Rechter von anders denkenden aufgrund seiner politischen Ansichten beleidigt, gar verprügelt wird und ein Rechter dies im Gegenzug bei einem Linken, Afrikaner, Asiaten oder einer sonstigen, eigentlich von ihm gehassten Person genauso täte die in Not geraten ist, wäre die Realisierung einer wahren Demokratie in erreichbare Nähe gerückt. Der Zwiespalt muss auf politischer Ebene ausgetragen werden und nicht auf der Straße, fernab jeglicher Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungen in diesem Land.

**»Jeder hat das Recht  
auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit,  
soweit er nicht die Rechte anderer verletzt (...).«**

(GG Artikel 2 Absatz 1)

Ein Beispiel für diese Art menschlicher Größe ist der evangelische Pastor Martin Holmer aus Lobetal: Als Margot und Erich Honecker nach dem Mauerfall und der daraus resultierenden Machtenthebung 1990 auf der Suche nach einer Bleibe nicht einmal mehr bei ihren einstigen (Partei)Genossen Obdach fanden, nahmen Holmer und seine Familie das Ehepaar Honecker auf. Trotz der Gefahr der Schikane durch die aufgebrachte Bevölkerung, die dem Ehepaar Honecker ihren gesamten über die Jahre aufgestauten Unmut über ihre Situation entgegenbrachten und vor dem Zaun des Holmschen Hauses skandierten: »Jetzt hängen wir das Schwein« (Quelle Stern-

Interview 28.01.2010). Erschwerend kommt hinzu, und das macht die Tat des Pastors so beispielhaft, er und seine Familie hatten aufgrund ihres christlichen Glaubens jahrelang unter dem Regime zu leiden - die Stasi bespitzelte ihn und seine Kinder durften nicht die Oberschule besuchen.

Wir haben eine, wenn auch arg angeschlagene und in vielen Bereichen nur noch auf dem Papier vorhandene Demokratie. Dieser Missstand muss beseitigt werden. Es muss im Bewusstsein der Gesellschaft verankert sein, dass jeder Mensch ein Recht auf die im Grundgesetz niedergeschriebenen Paragraphen besitzt, unabhängig von der Hautfarbe, der politischen Ausrichtung und der religiösen Glaubensrichtung. Genauso bewusst muss der Gesellschaft aber auch sein, dass es Menschen, die dem Gedankengut der Nationalsozialisten anhängen nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt gibt. In jedem Land Europas, in Asien, Amerika und sogar in Afrika treiben die braunen Geister der Vergangenheit ihr Unwesen. Wer nun glaubt, diese Anhänger stammten ausschließlich von weißen Kolonialisten und Auswanderern ab, irrt. Auch ist der Rassismus eine Tatsache, die bereits vor 1933 weltweit existierte. Dies soll keine Rechtfertigung für menschenverachtende Ansichten sein, sondern bewusst machen, dass ein weltweites Problem nur vereint gelöst werden kann und wir nicht die Augen davor verschließen dürfen, was wir - noch - aus eigener Kraft bewältigen können.

## **Der Frontverlauf**

Der Irrsinn, der von links und rechts ausgeht, besteht darin, dass beide Parteien an jedem Wochenende ihre Zeit mit sinnlosen politisch motivierten Aktionen verschwenden. Im Sommer mehr, im Winter weniger fahren die einen irgendwo hin, um für oder gegen irgendetwas zu demonstrieren und die politischen Gegner reisen ebenfalls an, um eine Demonstration gegen das Für und Wider der anderen Demonstranten zu veranstalten. Gegenseitig werden

die Klubhäuser angezündet und zerstört. Propagandamaterial, das einzig und alleine den Sinn verfolgt, den politischen Gegner zu diskreditieren, verschlingt den Rest der finanziellen Mittel. Aufkleber mit Sprüchen wie: »Good night left side« oder »Good night white pride«, helfen genauso wenig die demokratendiktatorischen Zustände in diesem Land zu beseitigen, wie das ständige Gemecker der Leute, die dann abends vor dem Fernseher sitzen und nicht einen Finger rühren, um an den von ihnen angeprangerten Missständen irgendetwas zu ändern.

## **A.C.A.B.**

-

### **All Cops Are Bastards oder All Commis Are Bastards?**

Auf musikalischer Ebene spielen sich Linke und Rechte den Ball immer wieder zu. Die eine Band nennt sich »Stahlgewitter«, eine andere gibt sich den Namen »Stuhlgewitter«. Welche der beiden Bands rechtes und welche linkes Gedankengut vertritt, brauche ich an dieser Stelle wohl kaum zu erwähnen. Auch bei den Titeln und Texten der Lieder folgt auf eine Aktion bisweilen eine Reaktion. Die Rechtsrock-Band Landser brachte das Lied heraus: »Mein Opa war Sturmführer bei der SS«. Die Punkband Systemfehla antwortete mit dem Lied: »Mein Opa war Briefträger bei der Post« und die Band Kontrastfehler antwortete sogar mit einer gleichnamigen Version, die allerdings an entscheidenden Punkten dem linken Gedankengut angepasst wurde. Dass es auch anders herum funktioniert, zeigt das Beispiel Rio Reiser, der sang: »Allein machen sie dich ein«. Diesmal war es die Gruppe Landser, die das Lied für ihre Propaganda nutzte. Auf die Lieder der Band Die Ärzte: »Schrei nach Liebe«, und der Band Die Toten Hosen: »Sascha« antwortete die, bis zu ihrer Auf-

lösung als Rechtsrockband bezeichnete, Band Böhse Onkelz mit dem Titel: »Du sollst den Tag nicht vor dem Abend loben«. Die Punk-Band Slime hat den nationalen Gedenkspruch: »Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen« in »Deutschland muss sterben, damit wir leben können« umgewandelt. So findet ein reger Austausch in der politisch motivierten Musik-Szene statt. Im HipHop-Bereich würde man diese Art der Auseinandersetzung als ein »battle« bezeichnen.

Schaut man bei der Medienplattform »YouTube« in die Kommentare der jeweiligen politisch motivierten Lieder, findet man das Spiegelbild der Straße. Wüste Beschimpfungen, die von »Nazischwein« über »Rote Drecksau« bis hin zu Morddrohungen reichen. Wüste Beschimpfungen unter denen, die sich feindlich gegenüberstehen, Verbrüderung unter denen, die dem jeweiligen Liedgut wohlgesonnen sind. Was machen Menschen, aus meiner Sicht wahre Demokraten, die Slime, Die Ärzte, Böhse Onkelz, Die Toten Hosen und Landser gleichermaßen hören können, ohne politisch verblendet zu sein oder Gefahr laufen es zu werden? Auch von ihnen finden sich einige unter den »YouTube«-Kommentaren. Einer von ihnen schrieb, bezogen auf die englische Rechtsrockgruppe »Skrewdriver«, dass ihm die Musik gefalle und er die Texte sehr wohl ausblenden könne und nicht Gefahr laufe, am Ende des Liedes ein Nazi zu sein. Ähnliche Kommentare finden sich immer wieder mal - auf beiden Seiten der musikalischen Fronten. Musikalische Fronten gab es auch während des Zweiten Weltkrieges. »Lili Marleen« war das Lied der deutschen Landser auf ihrem Marsch in das Gefecht. Die Amerikaner und Engländer sangen es ebenfalls bei ihrem Marsch durch Europa - jedoch nur aus Propagandazwecken. Nach dem Krieg wurde das Lied in über 50 Sprachen übersetzt und über 40 Armeen dieser Welt marschieren mit dem Lied auf den Lippen in den Kampf. Alles treue Nazi-Anhänger? Mitnichten! Zum einen, weil Josef Goebbels das Lied von Lale Andersen aufgrund seiner Kontakte zu Schweizer Juden 1942 verbieten ließ und es somit schon fast als propagandistisches Widerstandslied gelten könnte

und zum anderen, weil es sich auch im Repertoire der Russen und Israelis befindet. Von der Bekleidung unterscheiden sich links und rechts mittlerweile ebenfalls nur noch unwesentlich. Während die Linken jahrzehntelang bunt und lustig durch die Gegend zogen und auf eine Uniformierung verzichteten - allenfalls das Pali-Tuch war allgegenwärtig -, holten sie dies offenbar mit der Bildung vom »Schwarzen Block« nach. Die Rechten, die stets mit polierten Stahlkappen und Glatzen beziehungsweise politisch korrekt gescheitelter Frisur auftraten und einen »akkuraten« Kleiderstiel aufwiesen, glichen sich in sofern an das frühere Erscheinungsbild der Linken an, indem sie heutzutage zum Teil mit bunt gefärbten Haaren durch die Gegend laufen und vermehrt ein dichteres Deckhaar aufweisen als manch Hippie. Die Kleiderordnung sieht aktuell, vom Scheitel bis zur Sohle beziehungsweise vom Iro bis zur Sohle, für beide Gruppierungen ein freundlich dezentes Schwarz vor. Lediglich am Aufdruck ihrer T-Shirts und Sticker lassen sich heutzutage Linke und Rechte unterscheiden. Dementsprechend bietet das Unternehmen »Spread Shirt« Motive für links und rechts motivierte Personen an - ganz dem globalen Konsumverhalten der politischen Aktivisten angepasst. Satirisch könnte man auch die Namen beider angleichen: Was der »Schwarze Block« für die Linken, könnte der Begriff »Schwarze Mob« für die Rechten werden.

Wie bei der Musik und im Auftreten, gehen links und rechts in der Diffamierung ihrer Gegner vor. Beide Lager nutzen das Internet, um bekannte Gegner mit Foto, Name und Anschrift an den Pranger zu stellen. Der öffentliche Aufruf zum Mord an Kommunisten ist aus demokratischer Sicht genauso verwerflich, wie der an Neo-Nazis. Aktuell im Oktober 2013 ist mir ein Aufkleber der Antifa-Neukölln aufgefallen, der den Schriftzug: »Ich bin ein Scheiß Deutscher« trägt und ein Foto von Jan S. zeigt, der, laut der auf dem Aufkleber abgedruckten Information, NPD-Mitglied ist. Der Sinn des Aufklebers bleibt für Außenstehende jedoch völlig im Verborgenen - Denunziation oder nur Information? Im Gegenzug könnten die Rechten (Anti-Antifa) mit Aufklebern daherkommen: »Ich bin

ein Scheiß Deutscher« und Max Mustermann aus dem Kreisverband der Linken abbilden. Im Bezug auf die Verbalradikalität nehmen sich beide Lager nichts.

## **Politik von rechts und links**

Im politischen Wahlkampf geht es zum Teil nicht minder niveaulos zu, als in den zuvor aufgeführten Bereichen, wie die Wahlkampf-Propaganda der NPD aus dem Jahr 2011 zeigt, die lautete: »GAS geben!« Aber auch hier zeigt sich der intelligente Widerstand und der ist, wie in diesem Fall, weniger zeitintensiv, als eine Protestaktion von etlichen Demonstranten. Die Partei »Die Partei« antwortete auf den NPD-Slogan mit einem Plakat, welches ebenfalls den Spruch »GAS geben!« zierte, anstatt jedoch Uwe Voigt auf dem Motorrad sitzend, zeigte es ein Foto von dem österreichischen Politiker Jörg Haider und daneben ein weiteres Foto von seinem Unfallwagen in dem er, laut offizieller Darstellung alkoholisiert und mit zu hoher Geschwindigkeit, tödlich verunglückte.

**»Wir sind längst nicht frei.  
Wir haben uns nur das Recht erworben,  
um die Freiheit zu kämpfen.«**

(Nelson Mandela, südafrikanischer Anti-Apartheid-Kämpfer)

Im Wahlkampf hetzt einer gegen den anderen, jedoch ohne nennenswerte Stimmen zu sammeln, da die Linken links und die Rechten rechts wählen. Die einzigen, die mit Plakat- und Flugblattaktionen geködert werden, sind die Unentschlossenen und die unerfahrenen Erstwähler. Keine der Parteien konzentriert sich auf die derzeitigen Missstände, weil sie ganz genau wissen, dass denen mit politischen Mitteln nicht beizukommen ist. Die Partei »Die Grünen« sind ein

gutes Beispiel, für die Teilhabe an der Macht in diesem Land haben sie ihre Ideale verraten. Und nun, da die Partei an einem Punkt angelangt ist, von dem aus es ohne das Gesicht zu verlieren kein Weiterkommen in der Regierung gibt und die sozialen Probleme mehr den je einer dringenden Lösung bedürfen, die nur mit unpopulären Mitteln herbeizuführen ist, zieht sich die »geistige Elite« der Partei zurück und gesteht gleichzeitig ein Versagen ein, das dem der FDP-Parteiführung in Nichts nachsteht. Darüber hinaus sind die Parteien von links und rechts untereinander nicht einig.

Ein Problem, das bereits im Jahr 1977 in dem Buch mit dem Titel: »Sie würden uns gerne im Knast begraben...«, publiziert wurde. Darin wurde anhand der Unterstützung von politischen Gefangenen aufgezeigt, dass sich nur um diejenigen gekümmert wird, die den ideologischen Ansichten entsprechen. Die Personen, die dem Volk die Wahrheit sagen und zeitgleich die Gegenmaßnahmen benennen würden, würden nicht gehört. Das Volk ist und bleibt zu dumm neue Gedanken zu erfassen und neue Wege einzuschlagen, da die Presse die Personen, die Probleme und Lösungen benennen, mit Diffamierungen im Ansehen schädigt und unglaubwürdig erscheinen lässt, um die Macht der Wirtschaft und Politik zu erhalten, in deren Auftrag sie schreiben. So neu wären die »neuen (Lösungs-)Wege« jedoch gar nicht. Vor annähernd 25 Jahren hat das Volk hierzulande letztmalig bewiesen, welche Macht von ihm ausgeht. Davor waren es unsere Eltern und zum Teil Großeltern, die für ihre Interessen auf die Straße gegangen sind und ein Regime somit zu Fall brachten. Betrachtet man die gegenwärtige Bereitschaft des Volkes für sein Recht und das der anderen auf die Straße zu gehen und seinem Unmut über stattfindendes Unrecht, notfalls mit Gewalt Nachdruck zu verleihen, muss man beschämt den Kopf senken und sich eingestehen, dass die Alten doch die dickeren Eier in der Hose beziehungsweise größeren Brüste in der Bluse hatten. Auf politischer Ebene sind die sich überschneidenden Forderungen von links und rechts so zahlreich, dass sie an dieser Stelle nur grob genannt werden: Sie reichen von Atomausstieg und sozialer

Absicherung über Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz bis hin zur Gesundheitsfürsorge und Altersabsicherung. Linke und Rechte besitzen teilweise unterschiedliche Gründe und Hintergedanken bei der Stellung ihrer Forderungen. Die thematischen Konflikte liegen in dem, von den Linken geforderten Sozialstaat, wohingegen die Rechten eine ökonomische Eigenverantwortung anstreben. Die Linken fordern Bürgerrechte und die Rechten Recht und Ordnung. Die Linken setzen auf Pazifismus und die Rechten auf militärische Verteidigung. Jedoch im Glauben ihre Sichtweise sei die einzig wahre und die einzig vertretbare, streben beide die Weltherrschaft an. Dabei ist jedoch sichergestellt, dass das eigene Ego bei der Realisierung der Weltherrschaft auf beiden Seiten im Weg steht. Die Linken lehnen »Anführer« ab und sind sich ihrer Position in der Gesellschaft zu sicher und haben es versäumt ihr internationales Netzwerk auszubauen. Die Rechten hingegen werden weltweit geächtet und vernetzten sich - als gemeinsam »Verfolgte« - bereits in den 1980er Jahren international, so dass sie heutzutage über ein beachtliches Repertoire an weltweiten Kontakten verfügen. Bei den rechten ist jedoch im Gegensatz zu den linken das Bestreben nach Führerschaft so groß (siehe die politischen Auseinandersetzungen der rechten Parteien auf Landesebene), dass diese Uneinigkeit, die Weltherrschaft in blutigen Auseinandersetzungen enden lassen wird.

**»Wenn die Sonne der Kultur niedrig steht,  
werfen selbst Zwerge einen Schatten«**

(Karl Kraus)

Die Sinnfreiheit findet sich nicht nur bei den Aktionen und in der Politik der von links und rechts, sondern auch bei den jeweiligen Forderungen. Die Linken skandieren zum Beispiel »Freiheit für politische Gefangene«. Ein wahrhafter Demokrat würde vermutlich skeptisch fragen: Gilt dies auch für Gefangene mit rechter Gesin-

nung? Zumal vermutlich mehr Rechte im Gefängnis sitzen, weil sie verfassungswidrige Kennzeichen verwendet haben, als Linke, die unter politisch Gefangene auch die Verurteilten verstehen, die aus politischer Überzeugung ein Auto angezündet haben. Es gibt politische Gefangene beider Lager, die in einer wahrhaftigen Demokratie nie hinter Gitter gekommen wären. Genauso wie es Deutsche gibt, die erst seit einigen Jahren, durch die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft als solche anerkannt wurden, die deutsche Sprache jedoch weitaus besser beherrschen, als einige Mitmenschen, deren Familien einen Arierstammbaum nachweisen könnten. Was mir die Überleitung zu einer Forderungen der Rechten verschafft, die ebenfalls Fragen aufwirft, »Deutschland den Deutschen«. Auch hier stellt sich dem wahren Demokrat die Frage: Gilt diese Forderung auch für die Deutschen, deren Arierstammbaum von dem Ideal der Rechten abweicht? Beide Sprüche enthalten Aussagen, die von vornherein nicht so konsequent umgesetzt werden sollen, wie sie gesagt wurden und werden.

**»Ich mag verdammen, was du sagst,  
aber ich werde mein Leben dafür einsetzen,  
dass du es sagen darfst«  
(Voltaire)**

Eine weitere Forderung der Linken wird schon während der Aussprache durch das eigene Verhalten negiert. Es vergeht kaum eine Demonstration, bei der nicht lauthals skandiert wird: »A-A-Anticapitalista«, zeitgleich werden dutzende »Smartphones«, »Iphones« und »Ipad« in die Luft gehalten, um das Szenario der »Anticapitalista«-Bewegung im Bild festzuhalten und umgehend im Internet in den einschlägig bekannten sozialen Netzwerken zu »posten«. Dass damit indirekte Hilfestellung bei Ermittlungen durch den Staat unterstützt werden, bedenken die wenigsten - wie die meisten, ob, rechts

ob links zu viel reden, anstatt zu denken! Darüber hinaus gehören auch bei den linken kommerzielle Marken-Klamotten zum Erscheinungsbild. Ein Beispiel der rechten Gegensätze zeigt sich in der teilweise vorhandenen Vorliebe der Rechten zu bekanntlich jüdischen Marken wie »Fred Perry« und »Levi Strauss« und ebenfalls gegen das eigene Motto »National statt Global« wird »Besitzerbrause« (Coca Cola) getrunken, werden die Farben für das Tattoo aus Amerika bezogen und die Jeans aus Asien.

Ein Weiterer Tatsache, mit dem sich die radikalen linken ins Abseits drängen, ist, dass bei ihren Feldzügen gegen den Kapitalismus, die Medien und den Staat, wie in jedem Krieg, die Zivilbevölkerung der Auseinandersetzung zum Opfer fällt. Wenn irgendwo ein Stein in eine Scheibe fliegt, dann in die Scheibe des kleinen Händlers und wenn ein Laden brennt, dann ist er der von ebenfalls eines kleinen Gewerbetreibenden. Was bringt es jedoch eine Baustelle zu verwüsten, die im übertragenen Sinn, weil einem Handwerker gehörend, Volkseigentum darstellt. Warum müssen gerade die Kleinhändler Angst um ihr Existenz haben, wenn Demonstrationen stattfinden? Warum muss Ali seine Dönerbude mit Brettern vernageln, damit er auch noch morgen zu seiner Familie sagen kann: «Ich gehe zur Arbeit.»? Doch an irgendetwas muss sich der aufgestaute Frust ja schließlich entladen und da die Gebäude vom Liegenschaftsfonds, das Springer Haus, der Bundestag und die anderen zur Verwüstung prädestinierten Einrichtungen vom Staat, vertreten durch die Beamten der Polizei, geschützt werden bleiben nur die Scheiben von Autohäusern, Händlern und gastronomischen Einrichtungen. Es wäre das Gleiche, wenn ein Neo-Nazi einem Kameraden auf die Fresse haut und ihn anzündet, weil gerade kein »scheiß Ausländer« zugegen ist, der Neo-Nazi aber unbedingt seinen gegen Ausländer aufgestauten Hass abbauen will.

## **»Wenn wir uns einig sind...«**

Da die letzte Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin ohne nennenswertes Ergebnis endete und auch die Rechten in Berlin-Schöneweide keinen »Sieg« für ihre Sache feiern konnten, heißt die Devise: »Was nicht ist, das kann noch werden, wir können uns ganz schnell vermehren. In dem Land, in dem wir wohnen, sind aber ein paar Millionen. Wenn wir uns erst mal einig sind, weht glaube ich ein ganz anderer Wind.« (Rio Reiser). Ob die Vereinigung von rechts und links der 1:1-Gedanke von Rio Reiser war, ist unwahrscheinlich und wage ich zu bezweifeln, bleibt jedoch für immer unbeantwortet. »Einig« - ist jedoch das Zauberwort, wenn es darum geht, die Zustände für alle zu verbessern. Die Niederschrift eines Gedankens, des Krankens, soll niemanden in seinem politischen Denken und Treiben beeinflussen. Jeder soll weiterhin und so lange niemand zu Schaden kommt, ganz demokratisch seinen Ansichten frönen. Einzig und allein die Vereinigung, unabhängig von politischen Ansichten, zur Wiederherstellung der Demokratie und der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt ist Sinn und Zweck.

**»Dass du dich wehren musst,  
wenn du nicht untergehen willst,  
das wirst du doch einsehen.«**

(Bertholt Brecht)

Der »Kranke Gedanke - Freund und Feind vereint« soll dazu beitragen, dass politisch Inhaftierte der Vergangenheit angehören und jeder frei von Repressalien durch das Regime leben kann - wenigstens hierzulande. Der Gedanke wäre jedoch auch auf alle anderen Länder und Staaten übertragbar, in denen Bevölkerungsgruppen wirtschaftlich ausgebeutet, aufgrund ihrer Lebensweise vom Staat denunziert, wegen ihrer politischen und/oder religiösen Ausrichtung oder ethnischen Abstammung verfolgt werden, sich gegensei-

tig bekämpfen und die Regierung des Landes korrupt handelt und so einen Volkswirtschaftlichen Schaden herbeiführt. Was spräche gegen eine Europäische Union Revolution (EUR), deren Ziel es wäre, diese Missstände aus der Welt zu schaffen?

Die politisch Linken und Rechten müssen sich und das möchte ich betonen - einzig und allein für den Kampf gegen die derzeitig an den Hebeln der Macht befindliche diktatorische Regimeelite - zusammenschließen. Nur die Radikalen sind es, die annähernd die Mittel, Kräfte und ausreichend aggressives Motivationspotential besitzen, den Einheiten des Regimes die Stirn zu bieten, wenn auch nur in einem geringen Maß. Aber auch die gebündelte Kampfbereitschaft der Radikalen hätte wohl kaum Aussicht auf Erfolg, wenn sich nicht auch ein gehöriger Anteil der in den vergangenen Jahrzehnten entradikalisierten »Zivilbevölkerung« der Staatsgewalt aus Polizei und Militär entgegenstellt, sobald sie erkannt hat, dass sie vereint stärker ist, als die Macht des Staates und aus dieser Tatsache den nötigen Mut schöpfen, die vom Volke ausgehende Macht zu übernehmen. Aus »Wutbürgern« würden »Mutbürger«!

Es muss klar sein, dass die radikalen Linken und die Rechten die Einzigen sind, die neben den Staatsdienern, Kriminellen und einem kleinen Teil der Zivilbevölkerung, die Waffengewalt besitzen, die es ermöglichen, den staatlichen Maßnahmen zumindest in geringem Umfang etwas entgegenhalten zu können und die aufkeimende Revolution nach außen hin abzusichern. Ohne die Taten von links und rechts verharmlosen zu wollen, aber kriminelle Banden auf den Weg zu mehr Demokratie und Freiheit mitzunehmen, wäre der Anfang vom Ende einer vom Volk ausgehenden Demokratiebewegung und auf den Rückhalt durch die bewaffneten Staatsdiener braucht man wohl kaum zu hoffen. Also bleiben nur noch die privaten legalen Waffenbesitzer und die politischen Gruppierungen. Das mag jetzt phantastisch und illusionistisch klingen, aber jeder, der sich die Tatsachen vor Augen geführt, die hier Erwähnung finden, erkennt, dass es so ist und die uns, durch unsere Volksvertreter aufgebürdeten Lasten bei genauer Betrachtung weitaus phantastischer und die zur

Lösung der Missstände vorgeschlagenen Ideen der Politiker noch illusionistischer sind als die meinen.

## **»Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«**

Einzig und allein wir sind es, das Volk, die durch unseren Aktivismus eine Änderung herbeiführen können. Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir den Staat rund um die Uhr unter Druck setzen. Die Regimeelite darf nicht zur Ruhe kommen. Ein schönes Beispiel dafür, hat sich in den vergangenen Jahren direkt hier in Berlin-Kreuzberg vor unserer eigenen Haustür entwickelt: Die bis zu 80 Drogenhändler im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg. Sie sind so ausdauernd in ihrem Tun, dass die Ordnungsmacht gar keine Möglichkeit findet gegen sie vorzugehen. Und nun, Ende 2013, sieht sich die Politik unter dem Druck der Bevölkerung zum Handeln aufgefordert und regt die scheinheilige und jeder Gesetzesgrundlage entbehrende Diskussion über die Einführung eines »legalen« Verkaufsladens für weiche Drogen wie Cannabis und Haschisch an. Damit soll die Gewalt eingedämmt und die Dealer unter staatlicher Kontrolle gehalten werden. Dieses penetrante Verhalten dem Staat gegenüber gelingt den Dealern jedoch nur, weil sie sich, von Montag bis Sonntag und von früh bis spät, auf das, aus ihrer Sicht, Wesentliche konzentrieren - die Bereitstellung und den Verkauf von Drogen. Ein weiteres Beispiel: Die Flut von Klagen gegen Hartz-4-Bescheide, hat die Gerichte eine Zeit lang weit über ihre Kapazitäten hinaus belastet und sie stoßen auch heute noch immer an die Grenzen ihres Möglichen. Ein, den Dimensionen meines revolutionären Gedankens besser entsprechendes Beispiel, ist die Volksrevolution aus dem Jahr 1989, bei der »nur« ein Teil der Bevölkerung auf die Straße gegangen ist und am Ende das DDR-Regime zu Fall brachte - ohne dass auch nur ein Schuss gefallen ist! (Vielleicht ist es aber auch nur so friedlich verlaufen, weil das Volk der DDR in irem Protest von westlicher Regierungen und Interessenvertreter aktiv unterstützt wurde.) Um wie viel größer ist

die vom Volke ausgehende Macht, wenn wir gemeinsam aufbegehren? Nicht zu Letzt zeigen uns der »Arabische Frühling« und die Demonstrationen vom Taksim-Platz in der Türkei, dass, wenn auch nur zum Teil mit Blutvergießen, der Staat in die Enge getrieben werden kann. Dies sind Tatsachen, die uns zeigen, dass Völker sehr wohl in der Lage sind, Missstände anzuprangern und mehr oder weniger aus eigener Kraft friedlich zu beseitigen - vereint. Dass eine Vereinigung immer Höhen und Tiefen mit sich bringt, hat uns die eigene Geschichte gezeigt. Auf den Volksaufstand in der DDR bezogen vermute ich, dass nicht wenige »Ossis«, wenn sie gewusst hätten, was sie wirklich auf der anderen Seite der Mauer erwartet, sich lieber mit einem Bier und einer Cabinett-Zigarette in den Park gesetzt und das sozialistische Leben genossen hätten, anstatt für Freiheit und Demokratie zu demonstrieren. Am Ende wartete alles andere als der »Goldene Westen« auf die »Befreiten«. Genauso verhält es sich mit diesem Gedanken. Wer weiß schon vorher, was hinterher herauskommt? Jeder, der eine bessere Lösung hat, um den stattfindenden Lug, Betrug und Volksverrat abzuwenden, sei hiermit eingeladen diese vorzutragen oder aber den bestehenden, hier niedergeschriebenen Gedanken zu perfektionieren. Vielleicht spiegelt der Gedanke auch nur die Aussichtslosigkeit meiner wieder.

**»Ich stehe hinter jeder Regierung,  
bei der ich nicht sitzen muss,  
wenn ich nicht hinter ihr stehe.«**

(Werner Finck)

Nur wenn das Volk gemeinsam die Staatsgewalt ausübt, kann es gelingen, die Missstände, die einzelne Gruppen betreffen, abzubauen. Wie das Wort »abbauen« beinhaltet gelingt es nicht die Missstände von heute auf morgen zu beseitigen. Dafür waren und sind die Fehler, die begangen wurden, zu groß.

Jedoch gemeinsam und unter Berücksichtigung der Situation einzelner wäre es auf absehbare Zeit möglich, die Rentenkassen, das Gesundheitssystem und die Sozialkassen zu reanimieren. Doch solange die Bauern alleine für ihr Recht auf die Straße gehen, solange die Lehrer alleine für ihr Recht auf die Straße gehen (allenfalls von ein paar Schülern begleitet), solange die Mitarbeiter der Dienstleistungsbranche alleine für ihr Recht auf die Straße gehen, solange jeder für sich alleine auf die Straße geht, um für sein Recht zu demonstrieren, solange wird sich nichts ändern. Dabei betrifft uns jeder Missstand eines anderen ebenfalls mal direkt, mal indirekt, jedoch immer trifft er auch uns. Früher oder später haben die Folgen unterbezahlter und unmotivierter Lehrer, das Wegfallen von gesunden Lebensmitteln und anderen uns lieb geworden Dingen zu (er)tragen - letztendlich verlieren wir unsere Freiheit Mensch zu sein.

**»Die Würde des Menschen ist unantastbar.«**  
(GG Artikel 1 Absatz 1)

Wenn diese Hürde dieses »alleine-demonstrierens« genommen ist, steht nur noch das Hindernis vor jedem einzelnen, sich auch für Missstände einzusetzen, die nicht direkt im Zusammenhang mit der eigenen Person stehen. Wenn man zum Beispiel kein Fahrrad fährt und sich dennoch für die Belange der Fahrradfahrer einsetzt, keine Kinder hat und sich trotzdem für die Umsetzung einer vernünftigen Schulbildung einsetzt oder Millionär ist und sich trotzdem für sozial Schwächere einsetzt und bei allen anderen Interessengruppen gleichermaßen verfährt, hat das den Nachteil, dass man sich nicht wie gewohnt nur mit dem eigenen Ich beschäftigen kann, sondern sich Zeit nehmen muss für andere Belange. Dies zahlt sich jedoch spätestens dann aus, wenn es um die eigenen Interessen geht und einem Menschen zur Seite stehen, die nicht die selben Ziele verfolgen, jedoch den demokratischen Gedanken gemeinsam umsetzen

wollen. Damit die Macht vom Volke ausgehen kann, muss das Volk Demokratie leben und nicht als lästiges Beiwerk zum Lebensalltag betrachten. Politiker müssen zu spüren bekommen, dass sie das Volk nur vertreten und nicht lenken. Nur so lange, wie sich jeder in seiner Welt gefangen halten lässt, wird die Taktik des Staates funktionieren. Es ist wie in der Wirtschaft, nur wenn Geld fließt funktioniert der Kreislauf. Bei der Demokratie ist dieser Fluss nicht nur ins Stocken geraten sondern völlig zum Erliegen gekommen und ein demokratischer Kreislauf - ein Austausch zwischen Volk und Volksvertretern - ist nicht im Ansatz mehr zu erkennen.

## **Lüge und Wahrheit**

Über die Findung der Wahrheit haben sich Philosophen, Denker und Dichter unzählige Texte verfasst. Die einzige Wahrheit gibt es nicht und daran etwas ändern zu wollen ist nicht Gegenstand dieses Gedankens. Vielmehr sollen die Lügen und die verschwiegenen Wahrheiten des Staates betrachtet werden. Wobei ich vorwegnehme, dass ich darauf verzichtet habe, die Missstände im einzelnen aufzuführen, da dies in umfangreicher Publikation bereits mehrfach geschehen ist. Man braucht nur im Internet oder in Büchereien nach der einschlägigen Literatur zu suchen beziehungsweise nach ihr zu fragen. Eine Tatsache beziehungsweise Wahrheit ist, dass jeder einzelne von uns der Arbeitgeber der im Staatsdienst stehenden Mitbürger ist. Von den Verwaltungsangestellten in den Behörden wie Bürgeramt, Jobcenter, Finanzamt und den Ordnungshüter vom Ordnungsamt über die Beamten der Polizei und die Soldaten der Bundeswehr bis hin zu den Volksvertretern in Amt und Würde wie Politiker, deren zuarbeitenden Angestellten und der Bundeskanzlerin sowie dem Bundespräsidenten beziehen alle ihr Gehälter, ihren Sold ihre Diäten oder wie man die Vergütung sonst noch nennen mag aus dem Topf der Steuerzahler. Einen weiteren, nicht zu verachtenden Teil machen die Pensionszahlungen an die ehemaligen

Staatsbediensteten aus. Aber wie müssen wir uns als Arbeitgeber behandeln lassen?! Wir werden erniedrigt, gedemütigt, verprügelt, erschossen, ausgebeutet, belogen, betrogen und von vorne bis hinten verarscht. Das Volk, als Diäten-, Lohn- und Brotgeber, wird bewusst dumm gehalten. Informationen über die Zustände werden aus Gründen der »Geheimhaltung«, der »nationalen Sicherheit«, »Sorge vor diplomatischen Verwicklungen« oder aus sonstigen, an den Haaren herbeigezogenen Gründen verschwiegen. Wird doch einmal etwas verlautbart, wird es in einem Duktus vorgetragen, den keine Sau versteht. »Herrschaftssprache« wird diese Form der Ausdrucksform genannt und hat mit Volknähe nichts zu tun.

**»Man kann sich nicht darauf verlassen,  
dass das, was vor den Wahlen gesagt wird,  
auch wirklich nach den Wahlen gilt!«**

(Bundeskanzlerin Angela Merkel)

Es ist an der Zeit Abmahnungen und fristlose Kündigungen auszusprechen und notfalls mit dem Gesetz (GG Art. 20, Abs. 2) und der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt durchzusetzen. Mit dieser ins Bewusstsein gebrachten Tatsache müsste sich auch der letzte Pazifist beflügelt fühlen, sich einer, dem Menschenrecht dienlichen Revolution anzuschließen. Zumal zahlreiche Beispiele belegen, dass der Staat schon bei kleinsten Vergehen der Bürger gnadenlos sein Recht einfordert und selbst vor rückwirkenden Gesetzesänderungen, zum Nachteil des Volkes, nicht zurückschreckt. Dem Verkauf des Volksvermögens durch die bürgerfernen Volksvertreter muss Einhalt geboten werden. Während jeder Bürger mit seiner Unterschrift unter einem Vertrag rechtsverbindlich haftbar gemacht werden kann, ist der Amtseid nicht strafbewährt.

Als Beispiel für die Willkür des Staates ziehe ich einen bereits mehrere Jahre zurück liegenden Fall heran: Ein pensionierter Poli-

zeibeamter, musste miterleben, wie hinterhältig dieser agiert. Was war geschehen? Der Pensionär hatte ein Grundstück verkauft, das sich neuneinhalb Jahre in seinem Besitz befand. Nachdem die Verträge unterzeichnet waren und der Verkauf rechtskräftig abgeschlossen war und bereits einige Zeit zurück lag, hat der Staat ein neues Gesetz zum Verkauf von Grundstücken und Immobilien erlassen. Diese Tatsache hat nichts verachtenswertes an sich, doch diese besagte Gesetzesänderung beinhaltete, dass Immobilienverkäufe erst nach zehn Jahren steuervergünstigt weiterveräußert werden können - rückwirkend! Der Pensionär erhielt daraufhin ein Schreiben vom Finanzamt mit der Aufforderung die ausstehende Steuer zu begleichen zuzüglich Verzugszinsen.

Wir, als Volk, müssen lernen, die Entscheidungen unseren Vertreter genau zu verfolgen, zu hinterfragen und Fehlentscheidungen zu ahnden. Das gelingt jedoch nur, wenn wir Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und nicht wie derzeit üblich über unsere Köpfe und somit unserer Meinung hinweg entschieden wird. Zahlreiche Steuerverschwendungen und Fehlentscheidungen fänden gar nicht erst statt. Wenn von Beginn an das Volk mit einbezogen würde. Wenn dem so wäre, dass wir ein Mitentscheidungsrecht hätten, könnte uns auch bei Fehlentscheidungen eine Mitschuld gegeben werden. So aber zahlen wir und die nachfolgenden Generationen für die Unfähigkeit und den Narzisszismus unserer Politiker.

## **Politik**

Dass wir als Volk nicht durch die geistige Elite des Landes vertreten werden, haben die unlängst erneut aufgedeckten Betrügereien in den Doktorarbeiten unserer Volksvertreter bewiesen, nicht zu guter Letzt durch die Aberkennung der Doktorwürde und dem daraus resultierenden Rücktritt unserer ehemaligen Bundesministerin für Bildung und Forschung Annette Schavan! Die geistige Elite unseres Landes befindet sich fernab des politischen Parketts. Sie sitzt

in der Freien Wirtschaft in hoch dotierten Positionen. Positionen, die die sogenannte politische »geistige Elite« unseres Landes in den meisten Fällen nur durch Lug und Betrug, kaum jedoch durch fachliche Kompetenz erreicht - siehe Altkanzler Gerhardt Schröder. Aus diesem Grund dürften die Nebenbeschäftigungen unserer Politiker in Aufsichtsräten nur aus dem Grund arrangiert werden, um damit eine direkte Bestechung für die Umsetzung unternehmerischer Interessen zu umgehen. Der akademische Unrat des Landes »darf« die Politik »beherrschen«, die wahre geistige Elite beherrscht die Wirtschaft und die Politik! Mit dieser These offenbart sich, die Tatsache, dass wir allein durch unser Konsumverhalten, die Politik bestimmen könnten und somit ein gewaltfreier Ausweg zu Verfügung stünde. »Könnten« - wenn da nicht das eigene Ich im Weg stehen würde, dass, der medialen Verblödungsmaschinerie zum Opfer gefallen, sich jedem klaren Gedanken verweigert.

**»Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt,  
die Wahrheit steht von alleine aufrecht.«**

(Benjamin Franklin)

Fernab vom politischen Alltag und fernab der medialen Berichterstattung reden und feiern die ein oder anderen an der Macht befindlichen Volksvertreter von CDU, FDP, SPD, LINKE und GRÜNE miteinander und lachen gemeinsam über die Dummheit »ihres« Volkes. Wer dies nicht wahr haben will, sollte sich die von verschiedenen Fernsehsendern übertragenen Bilder einmal genauer anschauen oder in der Regierungshauptstadt einige der einschlägig bekannten gastronomischen Einrichtungen (Café Einstein, Ständige Vertretung, Borchart) aufsuchen. Man wird sich wundern, wer dort mit wem an einem Tisch sitzend - noch vor Stunden, für die Kameras der Reporter bis aufs Blut verfeindet - sich zu prostet und vermutlich sagt: »Man, dass war aber heute wieder ein harter Tag.«

Dass der Staat beide Seiten manipuliert und für seine Zwecke missbraucht, ist den meisten seit den Gerichtsverhandlungen der RAF in den siebziger und achtziger Jahren, und müsste spätestens seit den Ermittlungsergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses jedem klar sein. Zu diesen Tatsachen kommt hinzu, dass sich die Politik viel zu wenig Zeit für Entscheidungen nimmt. Politiker lassen sich von den Märkten unter Druck setzen: »Bis die Börse öffnet, brauchen wir eine Entscheidung« oder »Wir müssen das Vertrauen der Märkte wiedererlangen«. Kein Wort wird über das Wohlergehen des Volkes verloren.

Über Nacht wurden mehrere Milliarden Euro für die »Bankenrettung« bewilligt ohne über die Folgen nachzudenken. Aber worüber sollen sie auch diskutieren, sie verstehen die von den Lobbyisten verfassten und ihnen vorgelegten Gesetzestexte und Gutachten nicht, sie können die Tragweite der ihnen vorgelegten Inhalte bestenfalls abschätzen, mit Gewissheit haben die nach der Durchsicht der Unterlagen gefällten Entscheidungen jedoch nichts zu tun. Diese Tatsache resultiert daraus, dass sie als Politiker selten detailliertes Wissen über ihren Bereich besitzen wie die ehemalige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner als gelernte Radio- und Fernsehtechnikerin und staatlich geprüfte Elektrotechnikerin (ihr derzeitiges Amt als Staatsministerin für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie nähert sich da schon eher ihrem Fachwissen an) oder wie Bundeskanzlerin Angela Merkel als Doktor der Physik oder wie der Präsident des EU-Parlamentes Martin Schulz als gelernter Buchhändler. Von der derzeitigen Besetzung der Ministerposten in der Großen Koalition ganz zu schweigen. Somit erklärt sich auch die Antwort von Silvana Koch-Mehrin - gelernt ungelern, die im Mai 2010 in der Fernsehsendung »Hart aber Fair« auf die Frage von Moderator Frank Plasberg: Um wie viel Euro die Staatsverschuldung im Verlauf der Sendung von 75 Minuten angestiegen sei, antwortete: »6.000 Euro« - richtig wären ungefähr 20,2 Millionen Euro gewesen. Diese Frau mit dem IQ von einem rohen Ei hat es bis zur Vizepräsidentin des EU-Parlamentes

geschafft! Es ist gut so, dass jeder Bürger unabhängig von seiner Bildung jedes politische Amt erreichen kann, auch als Buchhändler - dies ist Sinn einer Demokratie. Doch gewisse Kompetenzen, die unsere Politiker gänzlich vermissen lassen, sollten vorhanden sein und nicht wie von mir im Fall Koch-Mehrin vermutet, durch ein Im-Richtigen-Moment-Den-Mund-Geschlossen-Und-Die-Beine-Geöffnet-Halten-Verhalten den Wählern vorgetäuscht werden, wie die Entziehung des Dokortitels ans Tageslicht brachte.

Dies ist nur ein Beispiel für meine Aussage, dass Politiker, ob nun auf Lokaler-, Bundes- oder EU-Ebene fern jeder Realität agieren. Dies erklärt, dass Entscheidungen voreilig getroffen werden ohne die Wähler, gar die zukünftigen Generationen zu berücksichtigen. Noch in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts gab es Politiker, die aufgrund einer in ihrer Legislaturperiode verursachten Neuverschuldung des Staates in Höhe von ein paar Millionen D-Mark ihr Amt schamvoll niedergelegt haben. Diese Moral sucht man heute vergebens. Politiker sind nur daran interessiert, ihr Amt zu behalten und möglichst oft im Amt bestätigt zu werden. Diese Unfähigkeit kostet das Land unnötig viel Geld; nicht umsonst gibt es den Vorschlag, das Gesetz dahingehend zu verändern, dass Steuerverschwendung strafrechtlich verfolgt werden kann. Wer sich gegen diesen Vorschlag ausspricht, ist fast schon klar: Die Politiker.

Sich selber eine Sparpolitik aufzuerlegen, gar auf einen Teil der Bezüge aus einer gewissen »Mitschuld« für die vorherrschenden Missstände heraus zu verzichten, kommt für die Politiker nicht in Frage und an den Vorzügen der Staatsbediensteten, wie zum Beispiel den Beamten, wird genauso wenig herumgekürzt. Wie wäre es, wenn Beamte und Politiker endlich einmal für ihre zukünftig zu erwartenden Pensionen einen Beitrag leisten?

Die Zahlen für die uns zu erwartenden Pensionsleistungen, die einen nicht unerheblichen Teil des staatlichen Finanzhaushaltes ausmachen, wurden stets aus den Statistiken fern gehalten. Stattdessen werden Sozialleistungen gekürzt. Für Arbeitsplatzgarantien, die nach ein paar Jahren für Null und Nichtig erklärt werden, verzich-

ten Arbeiter und Angestellte auf einen Teil ihres Lohnes und auf Weihnachts- und Urlaubsgeld. So erklärt sich auch, dass der nicht strafbewährte Amtseid für einige Politiker einen Freibrief für verantwortungsloses Handeln ausstellt. Anders sind die Tatsachen nicht zu erklären, dass die Politiker die Rentenkassen geplündert haben, dass ein Bürgermeister den Bau eines Flughafens beaufsichtigt, dass Architekten beim Bau der Elb-Philharmonie einen zweistelligen Millionen Betrag erhalten, dass Stuttgart einen neuen Fernbahnhof erhält - gegen den Willen der Bürger und dass unzählig weitere völlig unsinnige Projekte durch den Staat realisiert wurden und werden. Wo ist der Aktivismus geblieben, den es beim Widerstand gegen die Startbahn West gab, wo der Aktivismus geblieben, den es beim Widerstand gegen das Regime der DDR gab, wo ist der Aktivismus geblieben, den es beim Widerstand des Volkes gab, als es darum ging Atomstrom zu ächten, wo der Aktivismus, den es beim Widerstand gegen politische Entscheidungen gab und der zum Teil schwere Straßenschlachten zur Folge hatte?

**»Kommunisten sind rotlackierte Nazis.«**

(Kurt Schumacher)

Politiker können froh sein, dass ein Großteil des Volkes noch dümmer ist als sie selbst und die gesetzes- und verfassungswidrigen sowie staatsfeindlichen Handlungen toleriert, sie gar durch Wiederwahl der etablierten Parteien unterstützt. Bei Umfragen kommt dann auch die erschreckende Erkenntnis zu Tage, warum die Wähler wählen wie sie wählen. Da heißt es dann auf die Frage des Reporters was sie denn wählen: »Wir wählen seit Generationen immer das selbe. Meine Großeltern und meine Eltern haben schon die CDU gewählt. Aus diesem Grund wähle ich auch die CDU. Das hat bei uns Tradition.« Diese Aussage einer willkürlich ausgewählten Passantin zeigt das Wahlverhalten und den Umgang mit der Demokratie von

Teilen der Bevölkerung. Eine andere Aussage bringt hervor, dass der Sympathiefaktor der Partei und deren Kandidaten ausschlaggebend für das Kreuz an der »richtigen Stelle« war. So funktioniert Demokratie nicht! Die Bürger handeln somit gleich dem Prinzip der Politiker ohne Ahnung und Kenntnis von der Materie Entscheidungen zu treffen, deren Auswirkungen nicht im geringsten abgeschätzt werden können. Wir haben aus der Vergangenheit nichts gelernt. Wie auch die Wirtschaftskrise von 1928/29 betrifft die aktuelle Krise die meisten von uns nicht direkt. Die Parallelen sind, dass die Krise damals wie heute über den Ozean kam und sich die Reichen und Mächtigen die Taschen vollstopfen. Seit Jahrzehnten werden die gesetzlichen Grundlagen dieses Landes von Wirtschaft und Politik den eigenen Belangen angepasst und zurechtgebogen. Findet dennoch in einigen Fällen eine Rechtsbeugung bzw. -verletzung durch Amt und Würdenträger, sowie deren wohlgesonnenen Freunden aus der Wirtschaft statt, wird mit Vetternwirtschaft das Problem aus der Welt geschafft.

## **Politik und Medien**

»Dass Angela Merkel zur mächtigsten Frau der Welt gekürt wurde, ist ein Farce. Sie ist noch nicht einmal die mächtigste Frau im eigenen Land. Das die Zeitungen jetzt schreiben Ursula von der Leyen ist die zweitmächtigste Frau in Deutschland, ist eine Vertölpelung, eine Verdummungbeutelung von Ihnen (dem Volk, Anm. d. Red.) und zwar eine bewusste der Presse, die es schreibt. Die mächtigsten beiden Frauen in diesem Land sind Liz Mohn und Friede Springer. Bertelsmann und BILD-Konzern. Die BILD-Zeitung, die den Analphabetismus, den dieses Land ergreift, schon im Namen trägt. Bertelsmann und BILD, die lautstarken Herolde eines maroden Systems, das weltweit an den Fäden der Geldverleiher zappelt. Eine Handbewegung von Friede Springer genügt und die Lohnschreiber werden die Kanzlerin endgültig vom Thron holen

und werfen sie ihrer eigenen Partei zum Fraß vor. (...) Die wahrhaft Mächtigen sind gewiss, dass sie die Gunst des Volkes schon verloren haben, das macht die Kanzlerin so wertvoll. Denn so lange sie die Gunst des Volkes hat, so lange wird sie gebraucht. Aber nur so lange wie sie die Gunst der Macht hat, wird sie es tun können. Eine Symbiose nennt man das in der Biologie. Aber wenn es zu Lasten des Wirtstiers geht, nennt man es eine parasitäre Symbiose und das Wirtstier, das sind bedauerlicher Weise wir.« Mit diesen deutlichen Worten stellt der Kabarettist Georg Schramm die Lage der Machtverhältnisse hierzulande dar, denen ich nichts mehr hinzuzufügen habe, außer den Hinweis, neben einigen deutschen Medien, auch unbedingt die ausländischen Medien für eine objektive Beurteilung der Lage im Land heranzuziehen.

## **Links/Rechts und die Wirtschaft**

Wollten wir konsequent sein, in dem was als Gegenmaßnahme gegen die Neo-Nazis gefordert wird, wir dürften nicht nur nicht »Thor Steinar«-Waren kaufen, sondern müssten noch unzählige weitere Produkte boykottieren. Wir dürften die von den Nazis erbauten Autobahnen nicht nutzen, nicht in Flugzeugen mit Düsenantrieb fliegen, der ebenfalls auf der Forschungen aus dem Dritten Reich basiert - schon gar nicht mit der »Lufthansa«. Die »Volkswagen-Werke« müssten geschlossen werden. Produkte der Firmen »Bayer«, »BASF« und bis 1999 auch die der »Hoechst AG« wären genauso tabu, wie ein arbeitsfreier 1. Mai, der von den Nationalsozialisten zum »Nationalen Feiertag« erklärt wurde. Ganz davon abgesehen, dass nach wie vor die selben Firmen an der Rüstungsindustrie Deutschlands beteiligt sind und die Waffen liefern, mit denen andere Regime ihre Macht sichern. Dies soll mitnichten eine Legitimation, Verharmlosung, gar eine Gutheißung braunen Gedankenguts bedeuten, lediglich aufzeigen, dass wir im Alltag von braunen Produkten, Techniken und Erfindungen geradezu umzingelt sind - alternativlos. Vielleicht überprüfen einige in Zukunft, basierend auf die-

sem Wissen, nicht nur die gekauften Produkte auf Qualitätsmerkmale, sondern auch auf die Hintergrundinformation wer, beziehungsweise welche politische Gesinnung mit dem Kauf unterstützt wird. Der ifo-Geschäftsklimaindex würde gehörig in den Keller rauschen.

## Global

Betrachtet man die Zahlen und Fakten, erschließt sich auch jedem noch so radikalen Linken, dass andere, umfangreichere Missstände viel lauter nach einer Lösung schreien, als die wertvolle Zeit mit Sitzblockaden vor einer Kundgebung von siebzehn Neo-Nazis zu verschwenden. Diese »lokalglobalen«<sup>2</sup> Missstände beizulegen gelingt nicht, indem sich die politischen etablierten Parteien darauf einigen, in Zukunft alles besser zu machen. Das leere Gerede dürfte mittlerweile dem letzten hier im Lande über sein. Es gilt zu handeln. Die Handlung besteht jedoch nicht darin, sich, wie bereits erwähnt, an jedem Wochenende auf Gegendemonstrationen einzufinden oder sich beim X-ten Castor-Atommülltransport an die Schienen und Hochleitungsmasten zu ketten.

Es bringt keinen Nutzen für die Menschheit, sich in einer spektakulären Aktion den Fischfangflotten und ihren bis zu 280 Kilometern langen Schleppnetzen entgegen zu stürzen und damit zu versuchen sie aufzuhalten (es sei denn, man geht so radikal vor wie Paul Watson). Wem hilft dieses hin und her? Niemandem außer dem Staat. Von all den Für-und-Wider-Protesten der Linken und Rechten hat weder eine Näherin in Bangladesch einen ausreichenden Mindestlohn, noch werden weniger Treibnetze im Meer ausgelegt und es hilft auch nicht der Umwelt sich zu erholen. Der Fisch fängt am Kopf an zu stinken und derzeit stinkt es im Berliner Regierungsviertel bis zum Himmel. Aber auch in der Bevölkerung fängt es an unangenehm zu riechen - soll heißen: Die Verdummung, des einst als »Erfinder, Dichter und Denker« bekannten Volkes, zieht ihre Kreise immer weiter. Schaut man sich in diesem Zusammenhang die Ver-

teilung der bundesweiten Patentanmeldungen, kann einem für Berlin nur Angst und Bange werden - vom Dichten und Denken ganz zu schweigen. Genauso wenig wie man hierzulande Gebäudereiniger der Umweltverschmutzung schuldig spricht, weil diese bei ihrer Arbeit, die ihre Familie und sie ernährt, Substanzen verwenden, die die Umwelt zerstören, genauso wenig kann man die Menschen an Bord der Schleppnetzfischer dafür verantwortlich machen, dass sie, um ihre Familien und sich zu ernähren, die letzten Fischbestände an Bord holen. Wir sind es, die begreifen müssen, dass unser Handeln und Konsumverhalten die Welt bestimmt. Wenn wir den Fisch nicht kaufen würden, gäbe es für die Kapitalisten keinen Grund ihn zu fangen. So und so ähnlich verhält es sich mit den meisten Dingen in unserem Leben.

### **»Mutbürger« statt »Wutbürger«**

Der Flugverkehr wird entweder durch die Natur (Vulkanausbruch, Orkan) oder durch die Menschen (Streik) zum Erliegen gebracht. Ebenso verhält es sich mit dem Bahn- und Zuliefererverkehr und dem produzierenden Gewerbe. Auch Lehrer und Angestellte haben erfahren, welche Macht sie gegenüber ihrem Unternehmen besitzen, wenn sie geschlossen demonstrieren und somit den gesamten Betriebsablauf stilllegen. Die Reaktionen aus der Wirtschaft sind immer die selben: »Jeder Streiktag kostet unser Unternehmen so und so viel Millionen Euro und stellt ein Risiko für die noch vorhandenen Arbeitsplätze dar.« Kein Wort der gütlichen Einigung oder des Verständnisses für ihre Angestellten kommt über ihre Lippen. Einzig und alleine die gefährdete Rendite der Aktionäre steht im Vordergrund. Das Volk geht in die Knie und macht weiter wie bisher. Anstatt den Verantwortlichen auf die Füße zu treten, wird - es ist ja viel leichter - der kleine »Mann« und sein Handeln angeprangert, siehe Gebäudereiniger oder Schleppnetzfischer.

## Die Welt ein KZ

Am Ende leben alle, die wir für unser Überleben arbeiten gehen müssen, in einem riesigen Konzentrationslager. Jedes Land für sich ist ein KZ. Die Unterbringung der Insassen findet je nach Landesstandard auf der Straße, in Wellblechhütten oder wie in der zivilisierten, westlichen Welt in Wohnblöcken und Häusern statt. Die Wirtschaft stellt Richtlinien auf und kann als Lenker und Denker bezeichnet werden. Die Politik sorgt für das Gleichgewicht zwischen der Wirtschaft und dem Volk und ist somit gleich der KZ-Aufsicht. Alle anderen, die keine finanzielle Unabhängigkeit besitzen, müssen, um zu überleben sich den zum Teil menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen unterwerfen. Bereits hierzulande gibt es Angestellte, auf die die Bezeichnung Zwangsarbeiter oder (Lohn-)Sklave eins zu eins zutrifft. Ihr Lohn reicht gerade, um sich eine Unterkunft und Essen leisten zu können. Die besserverdienenden Insassen des KZ-Deutschland, so wie in jedem anderen Land mit KZ-Struktur, verhalten sich gesellschafts- und regierungskonform, um den erreichten Status nicht zu gefährden, gar zu verlieren. Sklaverei sei abgeschafft heißt es, doch wer sich intensiver mit dem Gedanken, der Arbeit beschäftigt, gelangt sehr schnell zu der Erkenntnis, dass die Rassenbezogene Sklaverei als weitestgehend abgeschafft anzusehen ist, dafür ist die moderne Sklaverei so allgegenwärtig und zur Normalität geworden, so dass wir sie nicht mehr als solche wahrnehmen.

**»In einer Demokratie geht die Macht vom Volk aus,  
doch häufig kehrt sie nicht zu ihm zurück.«**

(Hellmut Walter 1930-1985)

Aber was ist ein Arbeitsplatz, der vom Arbeitgeber unterbezahlt, vom Jobcenter »aufgestockt« werden muss? Wenn der Arbeitgeber dem Angestellten so wenig Lohn bezahlt, dass der Staat die Differenz zu einem, aus staatlicher Sicht menschenwürdigen Le-

ben reicht, ausgleichen muss, ist das staatlich geförderte Sklaverei. Früher gab es die DDR in direkter Nachbarschaft. Dort hat sich die Industrie nach Herzenlust austoben dürfen. Für Medikamenten Test, die für den westlichen Probanden zu gefährlich gewesen wären, wurden »Ossis« verwendet, für den Bau günstiger schwedischer Möbel wurden Häftlinge eingesetzt und Elektrogeräte lieferte das Unternehmen »privileg« zu einem so günstigen Preis, dass selbst China es schwer hatte mitzuhalten.

Wir sind Sklaven uns fällt es nur nicht mehr auf, weil alle um uns herum ebenfalls Sklaven des Systems geworden sind. Der moderne Sklave hat die Freiheit in den eigenen vier Wänden zu wohnen - bei manch einem trifft das Wort »hausen« besser zu -, der moderne Sklave darf sich auch selbst versorgen und hat dabei die Wahl zwischen qualitativ hochwertigen Produkten zu Preisen, die er sich nicht leisten kann oder dem allgemeinen Konsumfrass der Billig-Discounter. Den modernen Sklaven erkennt man auch nicht mehr an der Hautfarbe. Den einzigen Unterschied, den es heutzutage gibt: Wie Sklaven »gehalten und bezahlt« werden. Erscheinen dann und wann Schlagzeilen in den Medien über als Sklavininen gehaltene Hausmädchen, ist die Empörung in der Gesellschaft kurzweilig groß und hilft dabei das eigene Sklavendasein zu verdrängen.

## **Was den Gedanken anregte**

Die Gründe für eine Volksrevolution sind so zahlreich, dass sie in den voran gegangenen Kapiteln nur im Groben genannt werden konnten ohne auf die einzelnen Details einzugehen. Umfassend kann geschrieben werden, dass der Wille des Volkes kein Gehör findet. Darüber hinaus lässt der Staat die Bevölkerung sich gegeneinander aufreiben. Wie in der »guten alten« DDR, schafft es der Staat auch in Deutschland, dass sich die Bürger selbst denunzieren und verraten. Es bedarf gar keiner lückenlosen Überwachung durch Kameras, Geheimdienste und Vorratsdatenspeicherung. So

lange wie es dem Staat mit medialer Unterstützung gelingt, die verschiedenen Volksgruppen gegeneinander aufzuhetzen, wird er ausreichend Denunzianten finden, die ihm zuarbeiten. Die Radfahrer klagen die Autofahrer an, weil diese auf ihren Radwegen parken, die Fußgänger klagen die Radfahrer an, weil diese auf dem Gehweg fahren, die arbeitende Gesellschaft zieht über die Arbeitslosen her und achtet ganz genau darauf, dass die Nachbarn ihre Häuser nicht von Schwarzarbeitern renovieren lassen. Manch ein »besorgter« Bürger informiert vorsichtshalber die Zollbehörde über die Sanierungsarbeiten im Nachbarhaus. Genauso funktioniert es bei den politischen Kleinstgruppen. Links gegen rechts spähen sich aus und schießen sich bei den, von ihnen ansonst verhassten »Bullen« an. Der Nazi weist die »Bullen« darauf hin, dass sein linker Nachbar von gegenüber Marihuana anbaut. Der Linke steht bei den »Bullen« und äußert seine Bedenken über die Hakenkreuzfahne an der Wand seines ihm gegenüber wohnenden Nachbarn. Der Rest der Bevölkerung offenbart sich im Internet und dort zumeist in den einschlägig bekannten »Sozialen Netzwerken«.

**»Es ist nicht wichtig,  
wie man abstimmt,  
sondern wie man auszählt.«**

(Josef Stalin, russischer Politiker)

Dass der Wille des Volkes kein Gehör findet, zeigen die Ergebnisse der durchgeführten Volksabstimmungen, die ignoriert wurden und werden. Demonstrationen, die den Willen des Volkes offenbaren, werden, notfalls durch fadenscheinigen Begründungen gerechtfertigt, mit brutaler Gewalt durch den Einsatz von Reizgas, Schlagstöcken und Wasserwerfern unterdrückt. Unvergessen in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzungen um »Stuttgart 21«, bei denen sogar prominente Fürsprecher dem Willen des Volkes Rü-

ckendeckung gaben - erfolglos. Ganz zu Schweigen von den längst vergessenen gewaltsamen Niederschlagungen mit Verletzten und Toten der 70er und 80er-Jahre.

Alles, was an Protest über die um »Stuttgart 21« veranstalteten Aktionen hinausgegangen wäre, hätte vom Staat nach Paragraph 129 verurteilt werden können. So weit haben wir es kommen lassen, das Senioren, Hausfrauen und Jugendliche mit terroristischen Vereinigungen gleichgestellt werden können. Spätestens bei dieser Tatsache müsste bei dem ein oder anderen die »geistige Leuchte« langsam anfangen zu glimmen. Parteien halten sich nicht nur mit diktatorischen Mitteln an der Macht, sie verteidigen sie auch mit diktatorischer Gewalt. Die Frage nach dem Warum wurde bereits beantwortet - Macht. Die Lösung lässt sich an einem einfachen Beispiel aufzeigen: Wenn die CDU/CSU die absolute Mehrheit im Land hätte, gäbe es demnach so und so viel WählerInnen von anderen Parteien deren Wille nicht berücksichtigt würde. Da dem jedoch nicht so ist, wird händeringend versucht durch Koalitionen die Machtverhältnisse im Land zu wahren. Warum!? Wenn die CDU, wie aktuell gefordert, keine Steuererhöhungen für die Wohlhabenden umsetzen möchte, jedoch nicht genug »Macht« besitzt, um diese Forderung gegenüber den anderen Parteien aufrecht erhalten zu können, sollte das Volk zur Entscheidungsfindung hinzugezogen werden. Bei solchen Entscheidungen könnte dann auch zu Recht behauptet werden: Wer nicht zur Abstimmung geht, braucht sich hinterher nicht zu beschweren.

Jedoch die Angst vor dem Machtverlust lässt die Volksvertreter jeden Gedanken an diese Form von Demokratie im Keim ersticken, sie wissen ganz genau, dass sie gegen den Willen des Volkes handeln. Dass die Politiker nun darüber diskutieren, dem Volk bei Entscheidungen zukünftig mehr einbeziehen zu wollen, wird Diskussion bleiben und beruht einzig und allein auf der Erkenntnis, dass das Volk den Glauben an die Demokratie immer weiter verliert - sich den Entscheidungen der Vertreter machtlos gegenüber sehen sieht.

Die »frei gewählten« Volksvertreter schalten und walten wie es ih-

nen beliebt. Stets auf den eigenen Vorteil bedacht handelnd, haben sie die Rentenkassen geplündert, das soziale »Wirtschaftswunder« Deutschland ruiniert und zur Plünderung durch Spekulanten Preis gegeben, den Immobilienmarkt umstrukturiert und die Infrastruktur verkauft - deren Rückkauf uns nun teuer zu stehen kommt - oder verkommen lassen. Steuern sind nicht »zweckgebunden« bekommt man zu hören, wenn man fragt, warum diese für fragwürdige Projekte ausgegeben werden. Die Steuereinnahmen, die Arbeitnehmer mit Lohn- und Einkommenssteuer, Autofahrer mit Kfz-Steuer und Mineralölsteuer, Konsumenten mit Mehrwertsteuer, Grundstücksbesitzer mit Grundstückssteuer zahlen müssen, verschwindet entweder in undurchsichtige Kanäle oder wird vor den Augen der Steuerzahler für Projekte wie den neuen Stuttgarter Hauptbahnhof, die Elbphilharmonie, den BBI-Flughafen, die nicht einsatzfähige Aufklärungsdrohne oder eine der anderen an dieser Stelle nicht aufgeführten Steuerverschwendungen zum Fenster hinausgeworfen.

**»Gegen jeden, der es unternimmt,  
diese Ordnung zu beseitigen,  
haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand,  
wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«**

(GG Artikel 20 Absatz 4)

Wir regen uns über den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi auf, zerreißen uns das Maul über den »lupenreinen Demokraten« und russischen Präsidenten Wladimir Putin und die Vorgehensweise »seiner« Gerichte im Fall »Pussy Riot« und den Greenpeace-Aktivisten, die eine Bohrplattform besetzen wollten. Wir beschweren uns über die Afghanische Regierung und verachten Regierungsoberhäupter, deren menschenrechtswidrigen Handlungen medial verarbeitet uns dargeboten werden. Hinterfragt jedoch irgendeiner der sich über andere Länder und deren Regimeelite aufre-

genden, sich das Maul zerreißen, sich beschwerenden und Verachtung habenden auch nur ein einziges Mal, welche Missstände im eigenen Land herrschen, die sie vielleicht - ganz sicher sogar - durch ihr Verhalten mit zu verantworten haben, jedoch ausblenden, weil es einfacher ist an den Missständen anderer herumzumeckern, als an den eigenen etwas zu ändern, gar seine Verhaltensweisen zu überdenken und gegebenenfalls auch zu ändern? Deshalb dieser Gedanke, deshalb soziale Revolution!

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille »Der Kranke Gedanken«. Die Macht wieder vom Volke ausgehen lassen, bedeutet darüber hinaus, dass die Macht einen Seitenwechsel vollziehen muss. Die Reaktion des Staates auf das Aufbegehren des Volkes ist bekannt, um so drastischer wird der Staat reagieren, wenn es darum geht eine Volksrevolution aus der Welt zu schaffen. Ganz gleich, wie groß die Abneigung gegenüber der vereinten Revolution von links, rechts und Zivilbevölkerung sein mag, die Logik offenbart die Lösung.

## **Staatliche Personalstruktur**

Betrachtet man sich die Personalstruktur des Staates, gibt es zwei Zahlen, die im groben Aufschluss darüber geben welche, staatlichen Gewalten dem Gedanken gegenüberstehen. Die Personalstärke der Bundeswehr beläuft sich auf 176.260 Personen, davon sind 98.233 den kämpfenden Truppen zuzurechnen, der Rest ist Verwaltung und sind Instandhaltungseinheiten. Interessant ist, dass die Bundeswehr mit dem Einsatz von etwas über 9.000 Soldaten in den weltweit vorhandenen »Krisengebieten« logistisch überfordert und finanziell überlastet und an die Grenze ihrer Möglichkeiten gekommen ist. Zynisch könnte man sagen: Dass die Bundeswehr unter diesen Voraussetzungen in der Lage sein soll eine Volksrevolution aufzuhalten, die eine personell weitaus größere Gegenwehr benötigt, scheint somit fast ausgeschlossen. Bei der Polizei inklusive der Sondereinsatzkräfte sieht es ähnlich aus. Den politischen Sparmaß-

nahmen sei dank, befinden sich 243.625 Personen im Dienst von denen ebenfalls, eine mir unbekannt Zahl für die Angestellten der Verwaltung und Instandhaltung abgezogen werden können. Eine dritte, nicht zu verachtende Gruppe, die dem revolutionär demokratischen »Kranken Gedanken« negativ gegenüberstehen dürfte, ist die der Geheimdienste. Die beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV/2.757), Bundesnachrichtendienst (BND/6.000) und Militärischer Abschirmdienst (MAD/1.300) beschäftigten Personen werden laut offiziellen Angaben mit 10.057 beziffert. Wie uns die Geschichte gelehrt und dieser Text bereits zuvor auf diese Lehre hingewiesen hat, führt ein Zwei-Fronten-Krieg bei ungenügender Kenntnis der Materie, unzureichender Personalstruktur und Materialschwächen, die bei der von mir aufgeführten Staatsgewalt ohne jeden Zweifel vorhanden ist, unweigerlich in eine Niederlage. Dieser Niederlage stünde der Staat gegenüber, wenn das Volk die von ihm ausgehende Gewalt vereint ausüben würde.

Als letzten Hoffnungsschimmer sich die staatliche Gegenwehr schön zu reden, führe ich eine Studie an, die nach dem 2. Weltkrieg erstellt wurde und nach der 85 % der Soldaten den Feind absichtlich verfehlten. Dies obwohl sie zum einen Repressalien von den eigenen Militärgerichten sowie den Tod durch den nicht getöteten Feind in Kauf nehmen mussten. Dass diese Studie keine Aktualität mehr besitzt, zeigt die Tatsache, dass durch Training von »reflexartigem Schießen« bereits im Vietnam-Krieg die gezielte-Schuss-Rate von 15 auf 90 % stieg. Wie viel werden ein von Grund her nicht feindliches Ziel verfehlen? Bleibt die offene Frage, die zudem zeigt, dass Menschen nicht zum Töten geboren sind. Demnach ist davon auszugehen, dass auch die staatliche Personalstruktur ihre Schwächen aufweist, die es mit friedlichen Mitteln zum Umdenken zu bewegen gilt. Und so beschließe ich dieses Kapitel mit dem Zitat des US-Präsidenten und Friedensnobelpreisträgers, Barack Obama das an dieser Stelle paradox anmutend klingen mag: »Yes we can!«

## **Politik und Wirtschaft nach der Revolution**

Selbstverständlich müsste die Politik und die Wirtschaft neu ausgerichtet werden. Um eine demokratische Politik zu gestalten, braucht es kompetente Fachleute, an denen es derzeit in nahezu allen Bereichen mangelt. Um diesen (Fachkräfte-)Mangel abzustellen, bedarf es einer neuen Denk- und Herangehensweise. Mein Gedanke geht dahin, Personen, die sich im Berufsleben oder im gemeinschaftlichen Zusammenleben engagiert und bewährt haben als Vertreter des Volkes zur Wahl zu stellen: Eine verantwortungsbewusste Mutter oder die Leiterin einer Kinder- und Jugendeinrichtung zur Familien- und Jugendministerin zu ernennen, einen Juristen oder Richter zum Justizminister, einen erfahrenen und bewährten Ökonom oder Unternehmer zum Wirtschaftsminister, eine Ärztin zur Gesundheitsministerin, eine Person, die welterfahren und durch ihr Auftreten prädestiniert dafür ist, das Land über die Ländergrenzen hinaus zu vertreten, als Außenminister, gleichermaßen verhält es sich mit dem Amt des Bundespräsidenten. Die Ämter würden nur noch auf eine begrenzte Zeit vergeben und die Höhe der Pension auf diese Dienstzeit angerechnet. Es gäbe keine Nebenjobs in Aufsichtsratspositionen oder ähnlich mit der Wirtschaft verzweigten Anstellungen. Lediglich die Angestellten des Staates, die den Politikern zuarbeiten, würden, von einer Wahl unbetroffen, in ihren Arbeitsverhältnissen verbleiben. Es ist niemandem dienlich, wenn sich zum Einen nach jeder Wahl ein neuer Sekretär einarbeiten muss und zum Anderen ist die Arbeitsmoral der Angestellten gefördert, wenn sie wissen, dass ihr Arbeitsplatz unabhängig vom Wahlausgang erhalten bleibt. Der Beamtenstatus jedoch wird abgeschafft. Alle werden gleich behandelt und müssen einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten. Es gibt keine Privilegien mehr, keine Beamtenbank, die großzügige Kredite vergibt, keine Befreiung von Rentenbeiträgen, keine üppigen Pensionszahlungen und keine sonstigen Vorzüge. Die Lösung für die Wirtschaft gestaltet sich ungleich einfacher: Unternehmen, die beklagen, dass ihre Rendite nicht hoch genug sei, weil

der Umsatz durch die Lohnnebenkosten und die zu hohen Löhne aufgefressen wird und die Steuern die letzte Hoffnung auf einen Gewinn vernichten, können das Land verlassen. Firmen-, Unternehmens- und Konzern-Vorstände und die Eigner können ihre Sachen packen und die Produktion ins Ausland verlagern. So viele Sachen haben sie aber gar nicht, die sie packen müssten, denn einzig und allein die zur Eröffnung des Unternehmens getätigten Einlagen würden den Eigentümern überlassen. Alle Anschaffungen, Erfindungen und sonstige, durch die Arbeiter und Angestellten erwirtschafteten Güter und Fertigkeiten genauso wie Patente und erwirtschafteten Gewinne, verblieben im Land und würden, bis ein neuer verantwortungsbewuster Eigentümer gefunden ist, durch den Staat - das Volk, verwaltet. Die zu Beginn oder über Jahrzehnte bezogenen Subventionen müssten ebenfalls zurückbezahlt werden.

## **Links und rechts nach der Revolution**

Nach in Kraft treten der Demokratie und der Durchführung von Wahlen, bei denen die VertreterInnen des Volkes direkt durch das selbige gewählt wurden, geht jeder wieder seiner ideellen Wege - in einer wieder hergestellten Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. In einer wahrhaft geführten Demokratie wäre das Auspielen von Rechten und Linken gar nicht von Nöten. Zudem ist eine vom Volk ausgehende Demokratie gefestigt und somit ausreichend tolerant, um den sinnlosen, politischen Kleinkrieg beider Lager ertragen zu können, wenn diese es, nachdem sie die Erkenntnis der jahrelangen Täuschungs-Taktik durch Wirtschaft und Politik überhaupt noch wollen. Selbstverständlich stellt sich berechtigterweise jedem Demokraten die Frage, was tun mit den Radikalen nach der erfolgreichen Revolution? Was, wenn Linke und Rechte Extremisten nach einer erfolgreichen sowie vermutlich blutvolllastigen Revolution noch immer den Drang verspüren, sich gegenseitig aus der Welt zu schaffen? Auch für diese Frage hält »Der Kranke

Gedanke« eine Lösung bereit: Im Herzen der »Reichshauptstadt« beziehungsweise in der »Hauptstadt der sozialistischen Republik« - ganz wie es einem beliebt, ich nenne sie die »Hauptstadt des demokratisierten Deutschlands« liegt das Olympiastadion. Es eignet sich hervorragend, um die, von der Politik, dem Volk vorgeworfenen gelebte römische Dekadenz in vollen Zügen auszuleben.

### **Wir befinden uns in einer Krise, die keine Zeit für falsche Befindlichkeiten zulässt**

Die politisch radikalen Überlebenden einer Revolution im Zeichen für Demokratie und Freiheit würden ebenfalls ganz nach spät römischem Vorbild zum Gemetzel in die Olympia-Arena geladen. Dort könnten sich die unverbesserlichen Radikalen beider Lager, direkt im Anschluss an das Heimspiel von Hertha BSC auf dem, zum Schlachtfeld umgerüsteten Spielfeld mit allen Mitteln, die die Sport- und Waffenindustrie hergeben, bekriegen, erbarmungslos auf die Presse hauen, und/oder Arme und Beine ausreißen, sich für ihre Ideologie mit dem Baseballschläger die Schädel einschlagen, mit Messern, Macheten und Samurai Schwertern zerstückeln und von mir aus mit Weichzielmunition aufeinander schießen. Die Finanzierung des Spektakels wäre neben den Werbeeinnahmen von »Heckler und Koch«, »Walther« und weiteren Waffenproduzenten, den Verkauf der Übertragungsrechte an nationale und internationale Funk- und Fernsehsendeanstalten, sowie durch ein Eintrittsgeld von ein paar Euro abgesichert. Die durchaus üppigen Einnahmen stünden zur Verfügung, um die Rechnungen der Sanitäter und Bestatter für notdürftige Versorgung von Wunden beziehungsweise für die Beseitigung und Beerdigung der menschlichen Überreste zu begleichen.

Wenn der Staat auch nur einmal den offenen Schlagabtausch beider Gruppen in diesem Ausmaß zulassen würde, der Zulauf der Radikalen wäre rückläufig. Nach dem ersten derartigen Aufeinan-

dertreffen würden die Ersten anfangen zu überlegen. Am Ende gibt es ein paar BundesbürgerInnen weniger, die die Rentenkassen belasten und jedem wäre geholfen. Der Staat erzielt zusätzliche Steuereinnahmen durch das Eintrittsgeld, die politischen Extremisten sehen sich, wenn auch personell angeschlagen, ihrem Ziel näher kommend und nach und nach beseitigt sich das Problem der politisch radikal Agierenden sozusagen von selbst. Das Beste dabei: Es träfe keine Unschuldigen und die Wochenenden könnten endlich wieder der eigenen Freizeit gewidmet werden, anstatt, wie bereits eingangs erwähnt, quer durch die Republik reisen zu müssen, um der politischen Gegenseite das Missfallen auszusprechen. Das Olympiastadion hat das Dritte Reich überstanden und bisher auch der Demokratendiktatur<sup>3</sup> erfolgreich getrotzt. Es ist also unwahrscheinlich, dass es bei der Durchführung von einem kontrollierten Interessenkonflikt zerstört werden würde. Verhindert wird die Realisierung dieses Gedankens mit der Ausrede des kulturellen und zivilisierten Zusammenlebens.

**»Wer eine friedliche Revolution verhindert,  
macht eine gewaltsame Revolution unausweichlich.«**

(John F. Kennedy, ehemaliger Präsident der USA)

Manchmal hilft Kultur und Zivilisation aber nicht weiter. Manchmal muss es die direkte Auseinandersetzung geben, um für Klarheit zwischen den Parteien/politischen Lagern zu sorgen. Unsere Verfahren haben es uns 1918 vorgemacht, in dem sie den Kaiser und sein Gefolge aus dem Land jagten. Ein weiteres und aktuelleres Beispiel ist Osttimor. Der ehemalige Präsident des Landes und Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta rief die verfeindeten Straßenbanden des Landes zu einem Gespräch zusammen, setzte sie an einen Tisch und verließ den Raum mit den Worten: »Ich gehe jetzt und ihr redet miteinander. Wenn ihr euch umbringen wollt, dann

macht es. Oder aber ihr sprecht vernünftig miteinander und tut eurem Land einen großen Dienst. Ich komme in ein paar Stunden wieder zurück. Dann liegen entweder alle tot auf dem Boden oder ihr habt ein Lösung gefunden.« Mit dieser Tatsache konfrontiert, redeten die Banden Chefs miteinander. Der ausgehandelte Waffenstillstand wurde von einzelnen Personen nach vier Tagen aufgrund politischer Neuordnung gebrochen, aber das Prinzip, regelmäßig angewandt, könnte erfolgversprechend sein. Eine anderer, weitaus humanerer Lösungsansatz, der das Problem der Radikalen jedoch nur verlagert, hat die Tatsache zur Grundlage, dass die Zahl der vom Land in die Stadt Flüchtenden rapide steigt. Ganze Dörfer drohen zu verwaisen und sind dem Verfall geweiht. Diese Dörfer könnten vor dem Verfall gerettet und mit neuem Leben gefüllt werden, wenn man alle Radikalen dorthin umsiedelt. Dort könnten sie je nach Gesinnung die Rote- oder die Hakenkreuzfahne aus dem Fenster hängen, ein Bild von Stalin oder Adolf an die Wand nageln und die dazu passenden Lieder trällern. Keine Sau würde es stören. Allenfalls Fuchs und Hase wären auf der Suche nach bewusstseinsverändernden Pflanzenteilen, um den Schwachsinn der politisch motivierten GentrifiziererInnen ertragen zu können. Jedes gewalttätige Auftreten in der demokratischen Gemeinschaft müsste, im Gegensatz zu heute, nach gegenwärtig ausreichend vorhandener, nur nicht konsequent angewandter Gesetzeslage verurteilt werden. Ohne die Ausreden »ich war´s nicht«, »schlechte Kindheit«, »schweres Leben« und den weiteren, von Straftätern angeführten Gründen für ihre Tat/en.

## **Abschlussgedanke**

Ob Linker, ob Rechter, ob Konservativer, Öko-Pazifist, Senior, Jugendlicher, Nazi, Kommunist, Vater, Mutter oder Kind, wir sitzen alle in einem Boot namens Deutschland und werden von Seeleuten manövriert, die weder Ahnung von der Reiseroute haben, noch wis-

sen, wie man die Rettungsboote zu Wasser lässt. Sie verarschen uns von Steuerbord bis Backbord und hetzten uns gegeneinander auf.

Es scheint derzeit keine andere Lösung für die vorherrschenden Missstände hierzulande und weltweit zu geben, als die politischen Vorlieben und Befindlichkeiten außen vor zu lassen und gemeinsam die Demokratie wieder herzustellen. Würden sich die politisch Radikalen nicht nur eine Minute, sondern vielleicht ein paar Stunden intensiv mit dem Gegner, seinen Ansichten und die Gründe, die zu diesen führten, auseinandersetzen, würde es noch immer kein Verständnis hervorrufen, vielleicht jedoch die Kraft sich zu respektieren und somit einen freien Blick auf die wahren Missstände in diesem Land und somit dieser Welt zu bekommen. Links und rechts würden erkennen, dass ihr Kampf gegen die jeweiligen politischen Gegner vom Staat unterstützt wird. Viele der ehemaligen radikalen Linken und Rechten haben Nachwuchs in die Welt gesetzt, deren Existenz und Zukunft sie immer mehr bedroht sehen. Nun haben sich diese, geistig gewachsenen Ehemaligen zum Teil mit Ehemaligen der unlängst noch befeindeten Lager angefreundet. Gemeinsam erinnert man sich der vergangenen Zeiten. Man erinnert sich wie man sich gegenseitig auf die Presse gehauen hat. Man erinnert sich aber auch, welche Macht man gegenüber dem Staat seinerzeit noch besaß. Gelingt es diesen Personen in ihren eigenen Lager den Gedanken für eine kurzzeitige Zusammenarbeit für eine erfolgreiche Volksrevolution umzusetzen, die alten »Genossen« und »Kameraden« sowie das Volk vereint auflaufen, um das eigene Recht und das des Nachwuchses einzufordern, gibt es die lang ersehnte Chance auf Demokratie in diesem Land. Wir müssen uns bewusst werden, dass wir das Volk sind, von dem die Staatsgewalt ausgeht. Wenn wir eine funktionierende Demokratie leben wollen, müssen wir begreifen und notfalls »lernen«<sup>4</sup>, dass die gewaltfreie Ausübung von politischen Ansichten ein Grundrecht darstellt. Im Gegenzug muss jede Straftat konsequent verfolgt und bestraft werden. Wenn wir den Menschen aus anderen Ländern offen gegenüberstehen und deren Lebensweisen und Ansichten akzeptieren, die zum Teil nicht

minder radikal sind, als die Ansichten eines Links- oder Rechtsradikalen, warum gelingt es uns nicht untereinander die gleiche Akzeptanz zu erreichen? Oder anders gefragt: Wie sollen wir offen für Menschen aus anderen Ländern und fremden Kulturen sein und deren Lebensweisen und Ansichten akzeptieren, wenn wir uns schon untereinander für Unterschiede verbal und körperlich traktieren? Erst wenn wir den gegenseitigen Respekt »erlernt« haben, können wir zu einem friedlichen Miteinander finden und schlussendlich einem selbstbestimmten Leben. Zum Abschluss setze ich der Diskussion um den Sinn von Links und Rechts die Krone auf in dem ich die Anzahl der Toten im Kommunismus mit denen dem Nationalsozialismus vergleiche: Es steht laut offiziellen Quellen 100 Millionen Tote zu 65 Millionen.

**Autoverkäufer verkaufen Autos,  
Versicherungsvertreter Versicherungen.  
Und Volksvertreter?**

StanislawJerzy Lec

In Hoffnung der »Kranke Gedanke - Freund und Feind vereint« findet Zustimmung, löst Diskussionen aus, ruft Thesen, Antithesen und Hypothesen hervor, beschließe ich, auf Grundlage des deutschen Grundgesetzes und basierend auf den inhaltlich verfassten (Hinter-)Gedanken, diesen Text mit folgenden Zeilen aus älterer, literarisch und revolutionär wertvoller Lyrik sowie aus neuzeitlich, rechts und links politisch motivierten Liedtexten, die durch die staatlichen Kontrollbehörden zensiert wurden und nur in einer wahrhaften Demokratie das Recht besäßen frei zur Verfügung zu stehen, um somit auch öffentlich über sie und ihre Urheber diskutieren zu können:

Wenn du keine Suppe hast  
Willst du dich da wehren?  
Da musst du den ganzen Staat  
Von unten nach oben umkehren  
Bis du deine Suppe hast.  
Dann bist du dein eigener Gast.

Wenn für dich keine Arbeit zu finden ist  
Da musst du dich doch wehren!  
Da musst du den ganzen Staat  
Von unten nach oben umkehren  
Bis du dein eigener Arbeitgeber bist.  
Worauf für dich die Arbeit vorhanden ist.

Wenn man über eure Schwäche lacht  
Dürft ihr keine Zeit verlieren  
Da müsst ihr euch kümmern drum  
Dass alle, die schwach sind marschieren  
Dann seid ihr eine große Macht.  
Worauf keiner mehr lacht.

(Bertholt Brecht)

Dies ist ein Aufruf zur Revolte  
dies ist ein Aufruf zur Gewalt  
Bomben bauen, Waffen klauen (...)  
(...)  $\frac{3}{4}$  Altöl,  $\frac{1}{4}$  Benzin,  
wie '68 in West-Berlin.  
Diese Mischung ist wirkungsvoll  
denn, die Mischung knallt ganz toll.  
(Slime)

Und wer schwört dem deutschen Volk zu dienen  
und diesen Eid dann jeden Tag bricht,  
der ist nichts weiter als ein Volksverräter  
und gegen den wird Widerstand zur Pflicht!  
(Landser)

Geschrieben von Jan van Dannen



## Anhang

<sup>1</sup> In Deutschland gibt es 25.000 (22.150\*) Rechte. Von ihnen sind 9.600 (7.150\*) in Parteien organisiert und zu den sogenannten Neo-Nazis gehören 5.600 (6.000\*) Personen. Zum gewaltbereiten Teil der Szene gehören 9.500 (9.600\*) Personen (Quelle: netz-gegen-nazis.de/\*Zahlen in Klammern entstammen dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 erschienen im Juni 2013). Die gleiche Quelle, dass 6,4 Millionen Menschen hierzulande rechtsextreme Einstellungen vertreten. Auf der linken Seite stehen 29.400 Personen. Der gewaltbereite Teil der Linken beläuft sich auf 7.100, darunter ca. 6.400 Autonome (Die Zahlen für die Linke Szene entstammen dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 erschienen im Juni 2013).

<sup>2</sup> Als »lokalglobalen« Missstand bezeichne ich die Tatsache, dass unser lokales Verhalten globale Auswirkungen nach sich zieht, die nur dann beseitigt werden können, wenn wir anfangen uns zu ändern.

<sup>3</sup> Das Wort »Demokratendiktatur« steht für die diktatorische Vorgehensweise der angeblichen Demokraten, um ihre Macht zu erhalten. Volksentscheide werden übergangen, das Volk wird überwacht, kontrolliert und ruiniert ohne eine Möglichkeit der direkten Einflussnahme.

<sup>4</sup> Laut einer Rede unseres ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Jahr 2010 müssen Politiker und hoch bezahlte Manager »lernen mehr Verantwortung zu übernehmen«. Bereits 2007 mahnte er zu mehr Lehrbereitschaft indem er sagte: »Wir müssen lernen, Achtung und Respekt vor unserer Verschiedenartigkeit zu haben«. Diese Sätze sind aus dem Sinn gerissen und sollen nur zeigen, wie viel man auch im hohen Alter noch lernen muss, um ein Demokrat zu werden.





# Neo Narr

## #2

erscheint voraussichtlich  
im Sommer 2014